

mo

SOS
MITMENSCH

MAGAZIN FÜR
MENSCHENRECHTE NR. 59

AUF LESBOS
NOTSTAND IN DEN
FLÜCHTLINGSLAGERN

IM RÜCKKEHRZENTRUM
FRAGWÜRDIGE ZUSTÄNDE
WÄHREND CORONA

PROJEKT MIT
STRAHLKRAFT
HAUS DER MENSCHEN-
RECHTE IN LINZ

RECHTS- STAAT UNTER DRUCK



KOLPORIAGE DAVON 1,25
EURO FÜR
2,50€

Was MO-KolporteurInnen erleben

Illustration: P.M. Hoffmann, Text: Thyra Veyder-Malberg



JETZT SPENDEN!
IBAN: AT87 6000 0000 9100 0590
BIC: BAWAATWW



Illustration: P.M. Hoffmann

Rechtsstaat unter Druck. Der Justiz muss geholfen werden.

Liebe Leserin Lieber Leser

Ein seltsamer Zufall. Als die Redaktion im vergangenen Dezember die Jahresplanung für 2020 machte, hätte niemand vermuten können, dass das Dossier zu einem „Rechtsstaat unter Druck“ von so etwas wie einer Covid-Krise und allen grundrechtlichen Fragen, die sie aufwirft, eingeholt wird. Oliver Scheiber, Jurist, Richter und Vorstandsmitglied von SOS Mitmensch, war mit seinem jüngsten Buch „Mut zum Recht“ gewissermaßen der Auslöser für dieses Dossier, in dem es um die Ausdünnung der Justiz geht. Es ist ein Plädoyer für einen modernen Rechtsstaat, in denen er Fehlentwicklungen im Justizbereich aufzeigt und Lösungsvorschläge bietet. Wir haben auch einen Blick in die so genannten Rückkehrzentren in Österreich geworfen, wie sich das Virus dort auf das Leben der BewohnerInnen ausgewirkt hat. Das wirft einige Fragen auf. In Linz ist hingegen ein erstaunliches Projekt realisiert worden, das „Haus der Menschenrechte“ wurde gegen einige Widerstände, nach vielen politischen Gesprächen und einer beeindruckenden Welle der Unterstützung realisiert. Vieles mehr in dieser Ausgabe, und alles Gute!

Gunnar Landsgesell

INHALTSVERZEICHNIS



Illustration: P.M. Hoffmann



Foto: Andreas Hroß



Foto: Franziska Grillmeier

Einstieg

3 EDITORIAL

5 UTE-BOCK-PREIS

Der Ute-Bock-Preis ging heuer an die Initiativen „SOS Balkanroute“ und „Fairness Asyl“.

6 CORONA UND KLIMASCHUTZ

Katharina Rogenhofer initiierte ein Klimavolksbegehren.

7 HANDLUNGSBEDARF

Alexander Pollak warnt vor den demokratiepolitischen Folgen der Corona-Krise.

Dossier

8 AM LIMIT

Die Justiz wurde über die Jahre ausgedünnt, es fehlt an Ressourcen und Personal. Experten wie der Richter Oliver Scheiber warnen vor den Folgen.

11 CORONA UND DIE GRUNDRECHTE

Der Freiheitsentzug als Gratwanderung zwischen gesundheitspolitischen Geboten und demokratischen Wagnissen.

14 KOPF UNTERM POLIZEIAUTO

Sollte die Polizei bei Gewaltvorwürfen gegen sich ermitteln?

Welt

16 DEGLOBALISIERUNG BY DESASTER?

Wie wird sich Corona auf die sozial-ökologische Politik auswirken?

18 AUSBEUTUNG AUF BESTELLUNG

Immer mehr Arbeitsverhältnisse werden durch Plattformen reguliert. Wie ist das Leben als atypisch Beschäftigter?

21 ICH WUSSTE: ICH KOMME WIEDER

SOS-Balkanroute-Mitbegründerin Brigitte Holzinger im Gespräch über ihre Motivation und die Lager in Bosnien.

23 IMPRESSUM

24 WIRD DIE PFLEGE MÄNNLICH?

In der Ausbildung werden immer mehr männliche Pfleger registriert. Einige davon haben migrantischen Hintergrund.

28 HAUS DER MENSCHENRECHTE

Gespräch mit der Geschäftsführerin Sarah Kotopulos über ein erstaunliches Projekt in Linz.

32 GEFANGEN AUF LESBOS

Ein Lokalausganschein in den Flüchtlingslagern der griechischen Insel, wo die Hoffnung auf eine Lösung schwindet.

36 NOT IN DEN RÜCKKEHRZENTREN

Wer der FPÖ-Rhetorik von der Bevorzugung von Asylsuchenden glaubt, sollte einen Blick in die Rückkehrzentren des Landes machen.

Rubriken

39 NEUES AUS DER PARALLELGESELLSCHAFT

Selbsttest in der U-Bahn. *Kolumne: Nour El-Houda Khelifi*

40 KOLUMNEN

Martin Schenk: Leben und Tod.

Philipp Sonderegger: Die tapferen Krieger der Wiener Polizei.

Clara Akinyosoye: Ein Virus offenbart unsere Schwachstelle.

42 MEDIEN

Bücher, Bücher, Bücher: Die Frau ohne Grab. / Guantanamo Kid. / Lieblingsfeind Islam. / Alles für Allah

45 SOS MITMENSCH

Porträtreihe: Meine Zukunft in Österreich

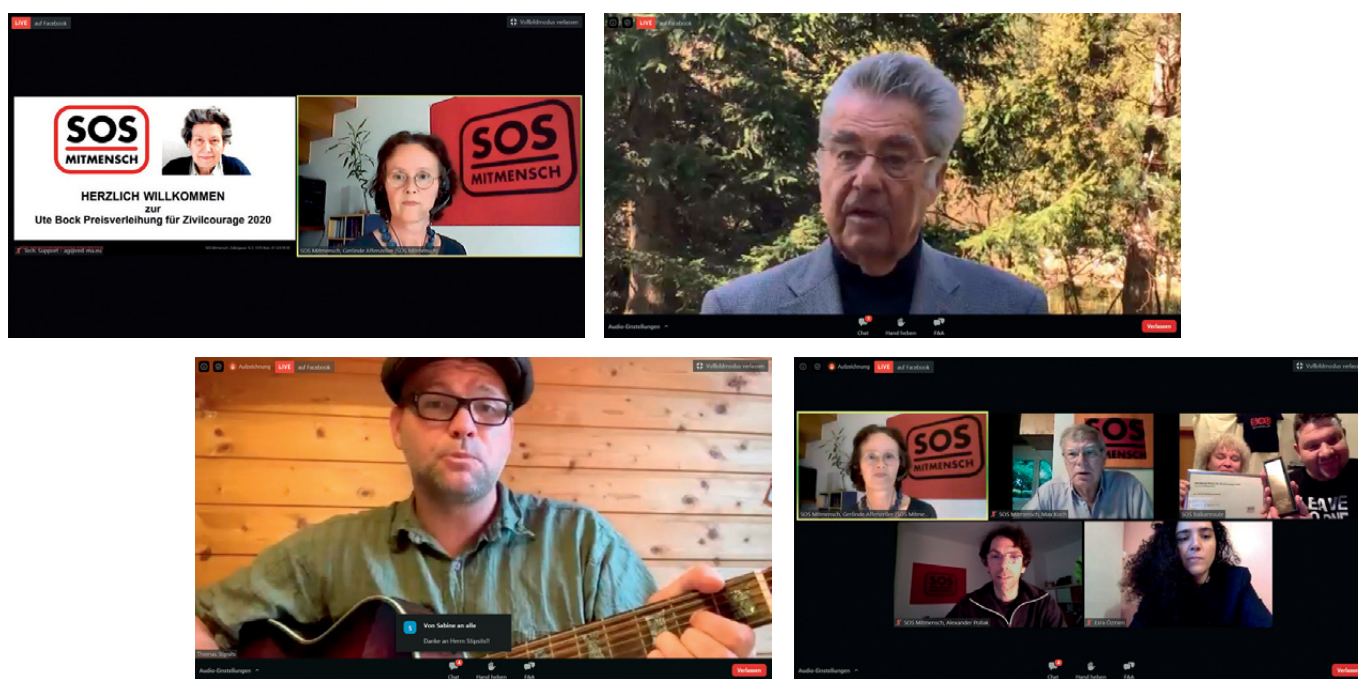
46 ANDERE ÜBER ...

Die Politologin Kathrin Stainer-Hämmerle über die gesellschaftspolitischen Folgen der Corona-Krise.

ONLINE-PREISVERLEIHUNG

Emotionale Zivilcourage-Zeremonie

Ute-Bock-Preis an „SOS Balkanroute“ und „Fairness Asyl“.



Unter dem Ehrenschatz von Bundespräsident a.D. Heinz Fischer und Margit Fischer verlieh SOS Mitmensch am 19. Mai erstmals online den Ute-Bock-Preis für Zivilcourage. Ausgezeichnet wurde die Initiative „SOS Balkanroute“ für mutige grenzüberschreitende Hilfe für schutzsuchende Menschen. Der Verein „Fairness Asyl“ erhielt den Preis für den vorbildhaften Kampf für faire Asylverfahren.

Der Abend stand ganz im Zeichen bewegender Plädoyers für eine menschlichere Asylpolitik. Bundespräsident a.D. Heinz Fischer hielt einen Appell für die Aufnahme minderjähriger Schutzsuchender aus den Flüchtlingslagern in Griechenland. Andrea Mayrwöger und Doro Blancke von „Fairness Asyl“ plä-

dierten für die immerwährende Gültigkeit der Menschenrechte und mahn-ten vor der Verrohung der Gesellschaft. Brigitte Holzinger und Petar Rosandić (aka Kid Pex) von „SOS Balkanroute“ machten indes auf die katastrophale Si-tuation für Geflüchtete an der bosni-sch-kroatischen Grenze aufmerksam und appellierten: „Wir müssen lauter sein denn je!“

Aufgrund der Coronavirus-Krise wur-de der Preis dieses Jahr zum ersten Mal online im Rahmen einer glanzvollen Zoom-Zeremonie verliehen. Bei der gelungenen Web-Veranstaltung waren rund 300 Personen live dabei. Dank in-teraktiver Chat-Elemente konnte das Publikum mit den PreisträgerInnen virtuell ins Gespräch kommen und

Glückwünsche übermitteln. Berüh-rende Laudationes hielten die Rappe-rin Esra Özmen und der Schauspieler und Kabarettist Thomas Stipsits. Über-reicht wurden die Preise vom SOS Mit-mensch-Vorsitzenden Max Koch. Die Veranstaltung, an der auch Justizmi-nisterin Alma Zadić und einige Na-tionalratsabgeordnete teilnahmen, trumpsfte zudem mit musikalischen Beiträgen von Milos Todorovsky und einer exklusiven Vorabpremiere der neuen Single des Rapduos EsRap auf.

Mehr Infos sowie der Link zur Nachschau der gesamten Online-Zeremonie sind über die Website von SOS Mitmensch aufrufbar: www.sosmitmensch.at

NACHGEFRAGT

Klimaschutz jetzt!

In die Vergangenheit investieren oder die Zukunft fördern? Katharina Rogenhofer, Ko-Begründerin von Fridays for Future und Sprecherin des Klimavolksbegehrens, über die Notwendigkeit, gerade jetzt auf Klimaschutz und damit auf einen wirtschaftlichen Neustart zu setzen.

TEXT: KATHARINA ROGENHOFER

Im Schatten der Corona-Pandemie werden Stimmen laut, Klimaschutz nun hintenzustellen. Das ist fahrlässig. Eine gute Politik könnte nun der dreifachen Krise (Corona, Wirtschaft und Klima) mit klugen Investitionen entgegenwirken. Denn wo wäre in dieser schwierigen Zeit das Geld besser aufgehoben als bei den Menschen, die es dringend brauchen und zum Aufbau einer regionalen, nachhaltigen Wirtschaft, die langfristige Arbeitsplätze generiert?

Dennoch gehen weltweit die fossilen Industrien als Gewinner der Corona-Krise hervor und werden mit unserem Steuergeld unterstützt. Statt hier in fossile Branchen zu zahlen und uns zusätzlich durch Importe von Öl, Gas und Kohle in Milliardenhöhe von politisch instabilen Regionen abhängig zu machen, ließe sich mit diesem Geld ein wirtschaftlicher Neustart finanzieren.

Hunderttausende Arbeitsplätze

Der Ausbau von erneuerbaren Energien würde hunderttausende Arbeitsplätze schaffen, Wertschöpfung vor Ort



K. Rogenhofer studierte Biodiversity, Conservation and Management an der Universität Oxford und ließ sich von Greta Thunberg inspirieren.

garantieren und langfristig zu einem geringeren Energiepreis führen. Gleiches gilt für die Sanierung von Gebäuden. Der Ausbau des öffentlichen Verkehrs würde es den meisten Menschen möglich machen, auf klimafreundliche und günstige Verkehrsmittel umzusteigen. Eine nachhaltige, regionale Landwirtschaft könnte das Bauernsterben stoppen, die Qualität der heimischen Produkte steigern und die Produzenten entsprechend entlohnen. Die Veränderungen sind also durchwegs positiv – ein Festhalten am Status quo wäre daher nicht nur Stillstand, sondern Rückschritt. Wo ist also hier der Schluß, die gemeinsame Lösung, um uns BürgerInnen in dieser prekären Lage zu unterstützen und

gleichzeitig zu verhindern, dass wir dreifach draufzahlen – mit unseren Arbeitsplätzen jetzt, mit unseren Steuergeldern um fossile Konzerne zu erhalten und dann auch noch mit unserer Zukunft, die quasi als „unwichtig“ nach hinten verschoben wird?

Keine Milliarden für fossile Konzerne

Wir sehen mit Corona gerade, was passiert, wenn wir unvorbereitet in eine Krise schlittern. Und die Klimakrise wird sich nicht in ein paar Monaten in den Griff kriegen lassen, wenn sie zur Katastrophe geworden ist. Wir dürfen deshalb nicht leiser werden, das zu fordern, was wir verdient haben: einen guten Umgang mit uns Menschen und der Umwelt und eine zukunftsfähige Wirtschaft, in der nicht Milliarden in die Taschen fossiler Konzerne gezahlt wird. Wir haben eine bessere Zukunft verdient!

Deshalb: das Klimavolksbegehren vom 22.-29. Juni auf jedem Gemeindeamt, Magistrat oder via Handysignatur unterschreiben!

HANDLUNGSBEDARF

Ein Albtraum

Durch einen Virus wurde die Welt innerhalb weniger Wochen in einen kollektiven Ausnahmezustand manövriert. Welche Spielräume wir in Zukunft haben, etwa auch in Fragen der Menschenrechte, hängt von uns allen ab.

TEXT: ALEXANDER POLLAK

Das Jahr 2020 entwickelt sich zu einem Albtraum: Ausgangsbeschränkungen, physische Distanz, Versammlungsverbote, geschlossene Grenzen, zusammenbrechende Wirtschaftssektoren und Massenarbeitslosigkeit. All das ausgelöst durch ein winziges Virus, das nahezu alle Länder der Erde als Krankheits- und Todbringer erfasst hat.

Seriöse EpidemiologInnen sagen, dass wir uns wohl erst am Anfang dieser Pandemie befinden. Es sei zwar möglich, dass man in den kommenden Jahren einen wirksamen Impfstoff findet, aber sicher sei das nicht. Wie lange also wird dieser Albtraum anhalten, wann endet der Ausnahmezustand und wie sehr beeinträchtigt er uns?

Verantwortungsvolle PolitikerInnen hatten angesichts der Gefahr für Menschenleben und drohenden Überforderung des Gesundheitssystems durch die explosive Ausbreitung des Virus keine andere Wahl als rasch und hart zu handeln. Daher gab es anfangs kaum Widerstand gegen den Mitte

März verhängten „Lock-down“. Bewegungs-, Kontakt- und Versammlungsfreiheit wurden eingeschränkt, Kindergärten und Schulen geschlossen, die Wirtschaft „heruntergefahren“.

Demokratische Zumutung

Doch die massiven Eingriffe in Grundrechte und in das Leben dürfen nicht zum Dauerzustand, nicht zur „neuen Normalität“ werden. Die deutsche Kanzlerin Angela Merkel hat zurecht von einer „demokratischen Zumutung“ gesprochen. Daher muss jede Möglichkeit, die sich aus epidemiologischer Sicht zur Lockerung der Maßnahmen bietet, konsequent genutzt werden.

Das alleine wird jedoch nicht reichen, um die Folgen der Viruskrise zu bewältigen. Die Welt steht vor dem größten Wirtschaftseinbruch seit Generationen. In Österreich gibt es Rekordarbeitslosigkeit. Die betroffenen Menschen müssen aufgefangen und gestärkt werden, auch mittels vermögensbezogener Solidarabgaben, um der dadurch verstärkten Ungleichheit zwischen



Illustration: Petja Dimitrova

Arm und Reich entgegenzuwirken.

Darüber hinaus muss sich die Politik auch wieder den zahlreichen Themen widmen, die jetzt in den Hintergrund geraten sind: Soziales, Bildung, Klimaschutz, internationale Solidarität im Umgang mit Geflüchteten, der Wiederbelebung der Integrationspolitik und vieles mehr.

Und noch etwas müssen wir tun: von Anfang an entschlossen „Nein“ sagen, wenn die anfängliche Solidarität im Land alten und neuen Feindbildern weicht. Politische Hassprediger scharren schon in ihren Löchern, um Menschen wieder gegeneinander auszuspielen.

Die Folgen des Coronavirus bedrohen auch die Arbeit von unabhängigen Menschenrechtsorganisationen wie SOS Mitmensch. Welche Spielräume und Ressourcen es in Zukunft für die Durchsetzung von Menschenrechten geben wird, das hängt von uns allen ab.

AM LIMIT

Im Gegensatz zu anderen Ressorts wird die Justiz seit Jahren finanziell und ressourcenmäßig ausgedünnt. Der Jurist und Richter Oliver Scheiber warnt vor den Konsequenzen.

Text: Magdalena Stern
Illustration: P.M. Hoffmann

Schon länger mahnen prominente Stimmen aus Rechtswissenschafts- und Justizkreisen, dass die österreichische Justiz finanziell ausgehungert wird. Übergangs-Justizminister Clemens Jabloner warnte im Juli 2019 vor den Entwicklungen: „Ich würde meinen, die Justiz stirbt einen stillen Tod.“ Im Frühsommer 2019 initiierte die ehemalige Justizministerin Maria Berger eine Petition zur „Rettung der Justiz“, um auf Missstände aufmerksam zu machen. Davon gibt es einige. Berichtet wird, dass viele Bezirksgerichte nur noch auf Notbetrieb laufen, während 400 Planstellen allein im Kanzleibereich abgebaut worden sind. Eine der lautesten Stimmen ist der langjährige Richter und Leiter des Bezirksgerichts Meidling, Oliver Scheiber. Wir haben mit ihm über den gegenwärtigen Zustand der Justiz, Schwächen in der Strafverfolgung und die Rolle des Verfassungsgerichtshofs gesprochen.

Qualitätsverlust

„Die Justiz ist sehr am Limit“, konstatiert Scheiber. Zwar habe man das schon vor der Corona-Krise gesehen,

doch in der aktuellen Situation werden die Mängel noch deutlicher. Sowohl personell wie auch bei der Ausstattung herrsche ein eklatanter Ressourcenrückstand. Konkret bedeutet das, dass nicht einmal genügend Laptops vorhanden sind, um in der Covid-Krise alle MitarbeiterInnen im Home-Office das Weiterarbeiten zu ermöglichen.

Anders verhält sich das etwa bei der Polizei, sie sei um ein Vielfaches besser ausgestattet. Auch personell sprechen die Zahlen im internationalen Vergleich für sich: In Österreich gibt es rund vier Staatsanwältinnen und





Staatsanwälte je 100.000 Einwohner; in anderen EU-Staaten liegt der Schnitt laut Europarat dreimal so hoch.

Noch vor einiger Zeit war es laut Scheiber üblich, an mittelgroßen Bezirksgerichten in jedem Bereich (Familien-, Zivil- oder Strafrecht) mindestens drei erfahrene MitarbeiterInnen im Kanzleidienst zu beschäftigen. Heute hingegen sei es immer öfter so, dass nach Pensionierungen die Stellen nicht nachbesetzt werden können. Scheiber dazu: „Wir haben im vergangenen Jahr zum ersten Mal eine Grenze überschritten, als eine ganze Reihe von Gerichten Schwierigkeiten hatten, einen ordentlichen Betrieb aufrechtzuerhalten“. Mit einer Entspannung der Situation

**MANGELS FINANZIERUNG
WERDEN VOLLZEITSTELLEN
ZUNEHMEND DURCH
PRAKTIKANTINNEN BESETZT.**

sei nicht zu rechnen, würden in den kommenden Jahren doch viele Pensionierungen anstehen, während kaum Nachwuchs aufgebaut werden konnte. Die Gründe dafür sieht der Jurist vor allem darin, dass man aufgrund fehlender Finanzierung Vollzeitstellen zunehmend durch einjährige PraktikantInnen oder Lehrlinge besetzt hat. Es wurden also immer öfter fixe Arbeitskräfte durch Kurzarbeitsverhältnisse ersetzt. Darunter leide die Qualität. „Jede Organisation braucht, um die Qualität ihrer Arbeit aufrechtzuerhalten, einen Erfahrungsschatz. Zwar kann man mit wechselnden Arbeitskräften arbeiten, allerdings nur dann, wenn das nicht mehr als die Hälfte der Belegschaft be-

trifft. Im Justizbereich werden in Zukunft aber die Schlüsselarbeitskräfte fehlen. Es gibt keinen Pool mehr an erfahrenen, gut vernetzten MitarbeiterInnen. Das wirkt sich langfristig sicherlich negativ auf die Qualität aus.“ Eine Möglichkeit, diesen Entwicklungen gegenzusteuern, sieht Scheiber u.a. bei den Gehaltseinstufungen. Derzeit sind Ressorts wie jenes der Finanz oder des Inneren attraktiver, weil dort die Gehaltseinstufungen für BeamtInnen höher sind. Will man die Justiz als Arbeitgeber attraktiver machen, könnte man als ersten Schritt im Gehaltsschema nachziehen. „Eigentlich“, so Scheiber, „geht es gar nicht um so viele Stellen. Wenn bundesweit im Kanzleibereich um 200 bis 300 Stellen aufgestockt wird, wäre das schon eine gute Perspektive.“

Zweiklassenjustiz

Ende des vergangenen Jahres erschien Scheibers Buch „Mut zum Recht“. Darin umreißt der engagierte Richter, der auch Vorstandsmitglied von SOS Mitmensch ist, verschiedene Problembereiche der Justiz, lässt dabei auf sehr konkrete Weise seine Erfahrungen einfließen und bringt einem verständlich die Schwachstellen des österreichischen Justizsystems näher. Auf Lösungsansätze vergisst er dabei nicht. Kritik übt der Autor etwa an der Praxis der Strafverfolgung. Anstatt jene zu belangen, die der Gesellschaft nachhaltigen Schaden zufügen, würden Ressourcen dafür verschwendet, kleine Delikte zu ahnden. Werden die vorhandenen Ressourcen tatsächlich effizient eingesetzt? Für den Juristen wäre die Maxime eigentlich klar: Dort, wo dem Staat am meisten Schaden droht, sollten die vorhandenen Mittel vorrangig eingesetzt werden.

Sowohl personell wie auch bei der Ausstattung herrscht in der Justiz ein eklatanter Ressourcenrückstand. Konkret bedeutet das, dass nicht einmal genügend Laptops vorhanden sind, um in der Covid-Krise alle MitarbeiterInnen im Home-Office das Weiterarbeiten zu ermöglichen.

Das bezieht sich auf den Bereich der Umwelt-, Finanz- und Wirtschaftskriminalität. Sie bedroht mitunter die Existenz von Millionen von Menschen, und dennoch gibt es hier oft nur ein geringes Risiko, strafrechtlich verfolgt zu werden. Stattdessen verfolgt man in einer Art Zweiklassenjustiz indische Zusteller auf ihren klapprigen Mopeds, weil deren Führerschein im Herkunftsland oftmals nur über korrupte Behördenwege zu erhalten ist. Lange mussten etwa auch RegalbetreuerInnen von Supermärkten fürchten, im Fall verdorbener Waren persönlich belangt zu werden, und nicht etwa die FilialleiterInnen – weil das rechtlich so geregelt war. Scheiber kritisiert, dass es immer das schwächste Glied einer Kette trifft und damit Menschen, die sich vielleicht nicht so gut auf Deutsch ausdrücken können oder die nur unzureichend über ihre Arbeit belehrt wurden. Das gilt für Bauarbeiter ebenso wie für überlastete Schneeräumer, die immer öfter von Hausverwaltungen als Subunternehmer eingesetzt werden, und eine Klage am Hals haben, wenn jemand am Gehsteig ausrutscht.

Zweiklassenjustiz heißt also, wer über eine gute Ausbildung, Geld und rhetorisches Sprachvermögen verfügt, steht vor Gericht einfach besser da.

Defizite gibt es in diesem Zusammenhang auch im Bereich der Verfahrenshilfe. In Österreich läuft das so, dass in kleineren Rechtssachen nur ausnahmsweise eine Verteidigung zuerkannt wird. Ginge es nach Oliver Scheiber, müsste man hier ansetzen: „Das System wäre um einiges ausbalancierter und fairer, wenn jeder, der kein Geld hat, eine Verteidigung zur Verfügung gestellt bekommt. Zwar wäre es dann immer noch so, dass sich Wohlhabende besser verteidigen können, weil sie auch sieben Anwälte engagieren könnten. Aber eine Verfahrenshilfe für alle wäre ein erster Schritt in die richtige Richtung.“



In 10 Thesen plädiert der Jurist für einen modernen Rechtsstaat.

Der richtige Tonfall

In der politischen Debatte kommt es in Österreich immer wieder zu verbalen Angriffen auf Rechtsstaat und Demokratie. Der Freiheitliche Herbert Kickl stellte als Innenminister 2019 die Menschenrechtskonvention in Frage oder meinte, das Recht müsse der Politik folgen und nicht die Politik dem Recht. Anderen Politikern fällt es mitunter schwer, die Entscheidungen des Verfassungsgerichtshofs zu re-

LANGE MUSSTEN REGALBETREUERINNEN FÜRCHTEN, FÜR VERDORBENE WAREN BELANGT ZU WERDEN.

spektieren. Als der VfGH Kernpunkte des türkis-blauen Sozialhilfe-Grundsatzgesetzes kippte, übte Bundeskanzler Sebastian Kurz daran heftige Kritik: „Ich kann diese Entscheidung nicht nachvollziehen. Ich finde das schlecht, aber wir leben in einem Rechtsstaat und die Entscheidung ist zu respektieren.“ Die Spitzen des Staates seien grundsätzlich gut beraten, zurückhaltend im Kommentieren der Anderen zu sein, meint Scheiber. Der Verfassungsgerichtshofpräsident solle nicht laufend die Arbeit der Regierung kommentieren und umgekehrt. Das schade dem institutionellen Gefüge. Dies zu tun sei Aufgabe der Medien, kritischer Bürge-

rInnen und der Wissenschaft. „Was ich bei Kurz sehe ist, dass er häufig die Arbeit von Gerichten und Staatsanwaltschaften in einem Ton kommentiert, der nicht vom angemessenen Respekt zeugt und das halte ich für äußerst problematisch.“ Wenn Politiker die Institution nicht achten, braucht man sich nicht zu wundern, wenn das Vertrauen der Bevölkerung in die Gerichte und Behörden abnimmt.

Rechtsstaat in Gefahr?

Im November 2019 legte Übergangsinnenminister Clemens Jabloner eine Bestandsaufnahme der unterschiedlichen Bereiche der Justiz vor. In diesem „Wahrnehmungsbericht“ hieß es unter anderem, dass für das Jahr 2020 ein Mehrbedarf von 90,6 Millionen Euro nötig sei, um den Status Quo aufrechterhalten zu können. Da sich im türkis-grünen Regierungsprogramm zwar Ankündigungen für eine bessere Ausstattung der Justiz finden, aber keine konkreten Zahlen, starteten Oliver Scheiber und Maria Berger Anfang dieses Jahres eine weitere Petition zum Schutz des Rechtsstaates. Enthalten ist auch der dringende Appell, mindestens 150 Millionen Euro zusätzlich für die Justiz bereitzustellen. Zwar funktioniere die Justiz noch gut und verlässlich, so Scheiber, aber wenn nicht bald gegengesteuert werde, werde es zu einem Qualitätsabfall kommen. „Den Rechtsstaat sehe ich dadurch noch nicht in Gefahr, aber die Zahl der Fehler muss unweigerlich steigen.“ Angesichts der Ausgaben in Milliardenhöhe zur Bewältigung der Corona-Krise ist es allerdings unwahrscheinlich, dass der Bereich in nächster Zeit die finanziellen Ressourcen bekommt, die er braucht. Die Justiz bleibt vorerst wohl am Limit.

Magdalena Stern ist Mitarbeiterin für Kampagnen und Öffentlichkeitsarbeit im Koordinationsbüro von SOS Mitmensch.

AUGEN ZU, AUGEN AUF

Bereits früh regte sich Kritik an den Ausgangsbeschränkungen, die uns auferlegt wurden. Stehen die Verordnungen und 500-Euro-Strafen für einen nichtbeachteten Abstand in einem Verhältnis zur tatsächlichen Gefahr?

Text: Milena Österreicher, Illustration: Eva Vasari



Ein Vormittag Ende April, die Sonne scheint, nur vereinzelt sind Menschen auf den Straßen. „Wir sind in einer Situation, die wir nie für möglich gehalten hätten. Der Staat greift massiv in all unsere Belange ein: Sei es, dass wir mit Masken in ein Geschäft gehen müssen oder ich mich

frage, ob ich meine Eltern sehen oder mich beim Spaziergang auf ein Bankerl setzen darf“, erzählt Annemarie Schlack, Geschäftsführerin von Amnesty International Österreich.

Wie ein fernes Unwetter zog die Covid-19-Krise auf. Zuerst aus China ein fernes Grollen, dann ein immer näherkommendes Donnern aus dem Nachbarland Italien. Ende Februar erreichte das Virus SARS-CoV-2 Österreich. In den darauffolgenden Wochen regnete es Maßnahmen und Verordnungen: Reiseeinschränkungen, Veranstaltungsabsagen, physische Distanzierung, Schul- und Universitätschließungen, Ausgangsbeschränkungen. Vermeintliche Selbstverständlichkeiten brachen plötzlich weg.

Gehorsame Seelen

Mit so rasch umgesetzten und tiefgreifenden Grundrechtseingriffen hatte Daniela Ingruber nicht gerechnet. Die Politikwissenschaftlerin wunderte auch, dass sich die Bevölkerung zu Beginn alles gefallen ließ: „Viele haben in der ersten Schockphase wohl gesagt: Augen zu und durch.“ Einerseits hilfreich zur schnellen Bekämpfung der Pandemie, andererseits besorgniserregend, wie wenig die Einschränkungen zunächst hinterfragt wurden, so Ingruber.

„Das kann einerseits an einer immer noch monarchistischen Seele liegen, aber natürlich gab es mit dem Nationalsozialismus nochmal eine Zeit, in

der die Menschen lernten, dass man nicht anders denken dürfe und zu gehorchen habe“, erklärt Ingruber. So etwas werde weitergegeben. „Wir wissen aus der Forschung, dass es bis zu zwei oder drei Generationen dauert, bis Vorurteile aus den Köpfen rausgehen. Ähnlich ist es im Umgang mit Befehlen.“

Offene Wunden

Die Krise zeigte verschärft, wo bereits zuvor Wunden lagen. Ob prekäre Arbeitsverhältnisse, Herausforderungen für Alleinerziehende und Patchworkfamilien, Mangel an Pflegekräften, zunehmende häusliche Gewalt, erschwerter Zugang zu Schwangerschaftsabbrüchen oder ungleiche Verteilung von Bildungschancen.

„JETZT BRAUCHT ES EINE TRANSPARENTEN FEHLERKULTUR.“ ANNEMARIE SCHLACK

Bevölkerungsgruppen, die von vornherein einer gesellschaftlichen Isolierung ausgesetzt sind, traf es besonders hart. In Haftanstalten wurden Besuche sowie Aus- und Freigänge ausgesetzt. Auch in Alters- und Pflegeheimen war kein Besuch erlaubt. In einigen Einrichtungen wurde Wachpersonal eingestellt. Kaum ein Spaziergang oder Arztbesuch war für die BewohnerInnen möglich. Mittlerweile häufen sich die Beschwerden von Angehörigen, die aus ihrer Sicht völlig überzogene Freiheitsbeschränkungen kritisieren. So berichtet die BewohnerInnenvertretung, die die Rechte von Menschen in Heimen gesetzlich vertritt, von einem Fall, in dem einer Pflegeheimbewohnerin verwehrt wurde, ihre Brille vom Optiker abzuholen. Andernfalls dürfe sie zwei Wochen ihr Zimmer nicht verlassen.

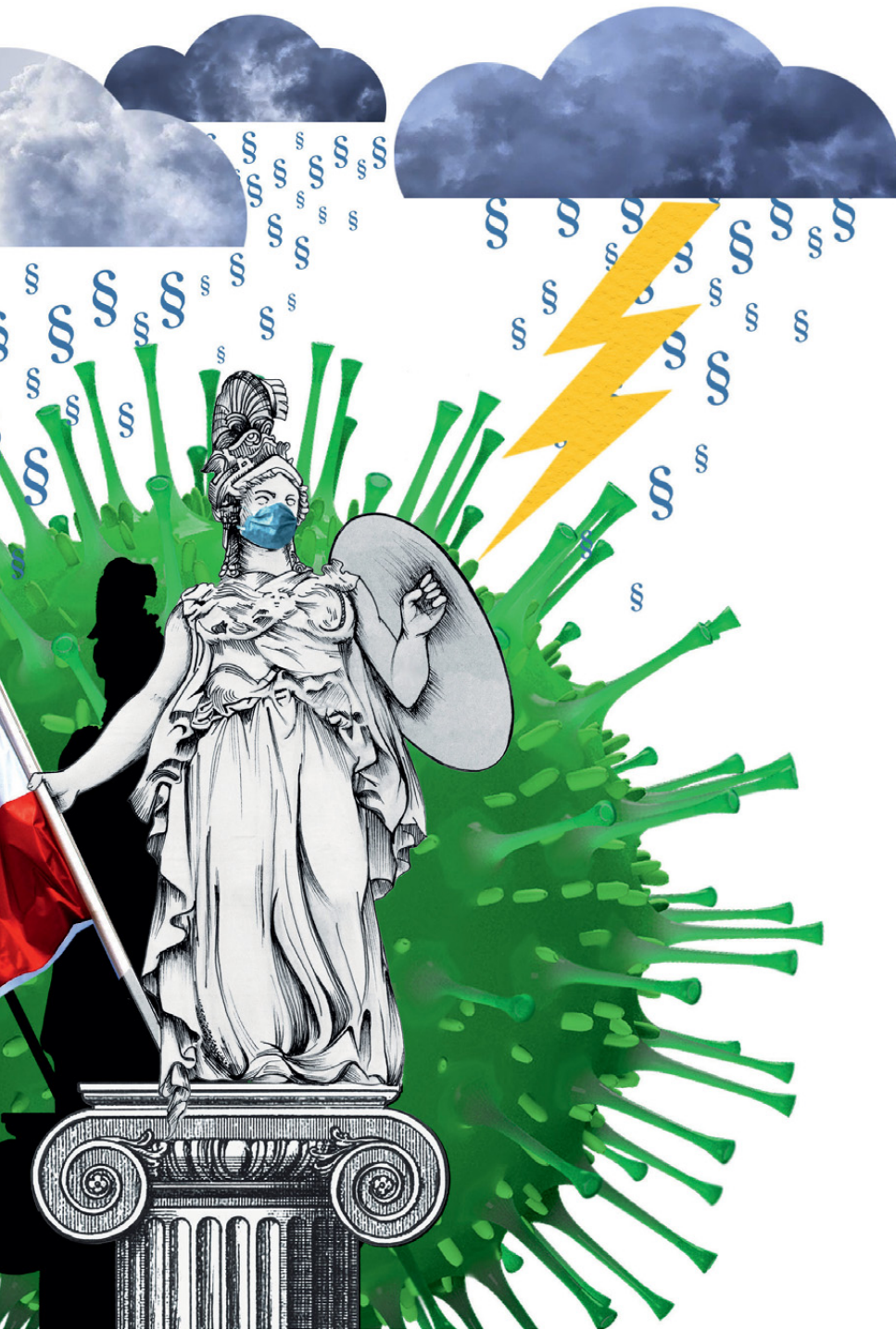
Ist da etwas aus dem Ruder gelaufen? Viele Regelungen wurden unklar formuliert, die Menschen fühlten sich verunsichert, meint Annemarie Schlack. „Es ist wichtig zu wissen: Was ist ein Wunsch der Regierung? Und was darf die Polizei wirklich sanktionieren? Da gab es viele Fälle, wo die Polizei ihre Befugnisse überschritten hat.“ Ein Beispiel machte Caritas-Geschäftsführer Klaus Schwertner öffentlich: Ein Wiener erhielt eine Strafverfügung über 500 Euro. Das Vergehen: Auf dem Weg zur Apotheke zur Medikamentenabholung den Mindestabstand von einem Meter zu seinem Bruder nicht eingehalten zu haben. Eine hohe Summe für den Mann, der 980 Euro Pension bezieht.

Problematisch war auch das Verbot einiger Demonstrationen: „Es geht nicht, dass Versammlungen mit dem lapidaren Hinweis auf Corona untersagt werden“, meint Schlack. „Dass Fehler passiert sind in dieser Eile, ist klar. Doch jetzt braucht es eine transparente Fehlerkultur.“ Das Recht auf Gesundheit sei natürlich wichtig, es könne jedoch nicht dauerhaft über andere Menschenrechte gestellt werden. „Wenn Meinungs- und Versammlungsfreiheit ausgesetzt werden, ist das extrem gefährlich. Ich schaue da nach Ungarn, wo die Orbán-Regierung nun per Dekret ohne Kontrolle und ohne Enddatum regiert“, warnt die Amnesty-Geschäftsführerin. Davon sei Österreich weit entfernt. Dennoch waren demokratiepolitisch bedenkliche Entwicklungen zu beobachten: Eilige Gesetzesverabschiedungen in Sammelnovellen, verkürzte Begutachtungsfristen, kaum Parlamentsdiskussionen und zunehmendes Regieren per Erlass. „Gerade jetzt braucht es eine informierte und kritische Bevölkerung“, betont Schlack.



Moderne Dystopie

Wachsam zu bleiben, insbesondere was Überwachungsmaßnahmen betreffe, fordert auch der israelische Erfolgsautor Yuval Noah Harari in der *Financial Times*. Vorübergehende Maßnahmen hätten oft die üble Eigenschaft, über Notstandszeiten fortzudauern, vor allem unter dem Vorwand, dass sich ja schon die nächste Krise – etwa ein Wiederausbruch oder ein neues Vi-



„Es ist wichtig zu wissen: Was ist ein Wunsch der Regierung? Und was darf die Polizei wirklich sanktionieren? Da gab es viele Fälle, wo die Polizei ihre Befugnisse überschritten hat.“ A. Schlack

rus – am Horizont abzeichnen würde. Wichtig sei nun, „dass die Gesetze und Verordnungen wieder zurückgeschraubt werden, während wir darauf schauen müssen, dass Grund- und Menschenrechte nicht auf Dauer eingeschränkt bleiben“, bekräftigt die Demokratieforscherin Ingruber. „Ich hoffe, dass die Menschen ein Gefühl dafür bekommen haben, dass eine Regierung nicht alles darf und es so wichtige Kon-

trollinstrumente wie den Verfassungs- und Verwaltungsgerichtshof zu schützen gilt.“ Ein stärkeres Parlament wäre wichtig, nicht nur Parlamentssitzungen, die wie eine Inszenierung anmuteten. Ebenso eine starke Opposition: „Da war tagelanges, wochenlanges Schweigen.“

Was wird bleiben?

Daniela Ingruber beobachtete nach verschiedenen Krisen eine Art Bie-

dermeierphase: „Die Menschen ziehen sich zurück, beschäftigen sich mit sich selbst und igeln sich ein“, Das könne die Stunde der Populisten und Polemiker sein, warnt sie.

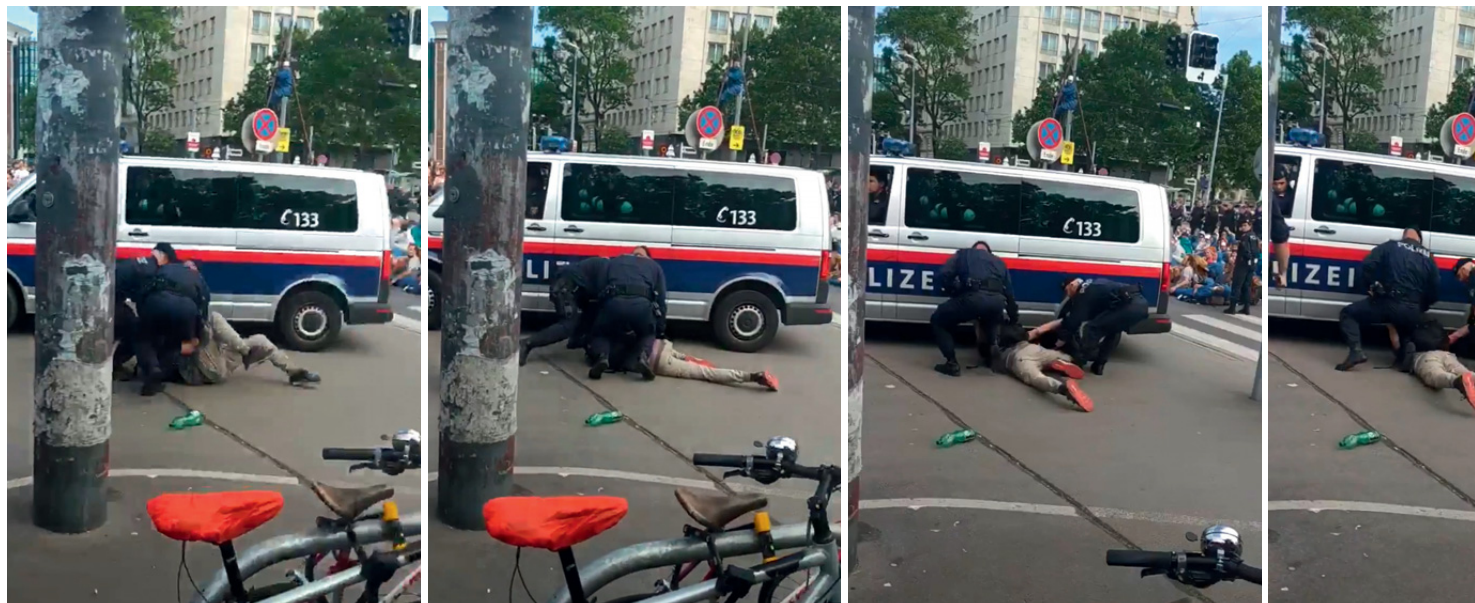
Home-Office, Essenslieferung, Online-Unterricht. „Diese Pandemie hat dafür gesorgt, dass manche Dinge einfach schneller gekommen sind“, vermutet Ingruber. Das bedeute auch eine Änderung, wie Menschen in einer Demokratie partizipieren. „Wie bekomme ich so überhaupt noch mit, wie es anderen geht, wie die Welt draußen aussieht?“ Die Reiseeinschränkungen könnten sich nicht auf Dauer halten lassen. „Ich bin gerade in Osttirol, das ist vom Handel und auch von der Kultur viel stärker mit Südtirol, also Italien, verbunden als mit dem Rest Tirols oder

„WIR KÖNNTEN UNS JETZT GENAUER ÜBERLEGEN, WAS FREIHEIT UNS BEDEUTET.“ D. INGRUBER

mit Kärnten“, berichtet Ingruber. Das sei nur ein Beispiel unter vielen: „Wir sind in Europa schon so vernetzt, dass die Grenzen wieder schneller aufgehen werden, als man es uns jetzt glauben macht.“

Eine Chance sieht die Politikwissenschaftlerin in einem neuen Grundrechtsbewusstsein: „Wir könnten uns jetzt genauer überlegen, was Freiheit eigentlich bedeutet und welche Freiheiten uns wichtig sind.“ Darauf setzt auch Annemarie Schlack von Amnesty. Sie wünscht sich ein neues Solidaritäts- und Gemeinschaftsgefühl. Und ergänzt: „Wenn ich ein wenig träumen darf.“

Milena Österreicher arbeitet als freie Journalistin, Übersetzerin für Spanisch und Portugiesisch sowie als Sprachtrainerin.



DIE POLIZEI ALS NADELÖHR

Sollte die Polizei gegen sich selbst ermitteln? Die Regierung hat bis Herbst ein Konzept für eine Ermittlungsstelle gegen Polizeigewalt in Auftrag gegeben.

Text: Gunnar Landsgesell

Klima-Demo, ein Sitzstreik von „Fridays for Future“ am 31. Mai 2019 in Wien. Die Bilder gingen auch durch die deutschen Medien. Ein junger Mann wird von zwei Polizisten am Boden fixiert, sein Kopf liegt unter einem Polizeibus. Als der Wagen losfährt, reißen die Beamten ihn im letzten Moment hoch. Der deutsche Staatsbürger, Anselm Schindler, hat mit seinem Anwalt Clemens Lahner Maßnahmenbeschwerde beim LPD Wien eingelegt – und Recht bekommen. Lahner dazu: „Die Polizei hat meinen Mandanten angezeigt, weil er

nicht weggegangen ist. Die Amtshandlung hat ihn aber gar nicht betroffen, weil er nicht Teil der Demonstration war, sondern das Geschehen vom Gehsteig als Journalist verfolgt hat.“ Die Behauptung, Schindler hätte sich gewehrt, sei falsch. „Mein Mandant hat weder mit den Armen herumgefuchelt, noch hat er sich widersetzt. Wir haben Maßnahmenbeschwerde erhoben gegen die Festnahme; dagegen, dass sein Kopf unter dem Auto war; und dass ihm eine Beratung durch den Rechtsanwalt verweigert wurde. Er wurde wegen einer angeblichen Ver-

waltungsübertretung 14 Stunden lang eingesperrt.“ Das Ergebnis: Die Amtshandlung war rechtswidrig. Und Lahner weiter: „Ein nächstes Verfahren wird es gegen den Polizisten geben, der die Festnahme durchgeführt hat, gegen einen zweiten Polizisten, der geholfen hat, und gegen den dritten, der den VW-Bus gelenkt hat. Ermittelt wird wegen Körperverletzung. Und ich gehe davon aus, dass auch wegen falscher Aussage ermittelt wird.“ Soweit der aktuelle Stand in dieser Causa. Maßgeblich für den Prozessverlauf war auch, dass jemand die Amtshandlung mitge-



Klima-Demo in Wien, Mai 2019. Der Fall von Anselm Schindler, dessen Kopf unter einem Polizeiauto lag, ging auch durch die deutschen Medien.

filmt hat. Auch in einem weiteren Vorfall bei der Klima-Demo (neun Schläge in die Nieren) wurde die Aussage eines Polizisten durch ein Handyvideo widerlegt. Eigentlich ein gutes Zeichen. Der Rechtsstaat funktioniert, auch wenn Einzelfälle wie diese das Vertrauen in die Polizei nicht unbedingt fördern. Die Frage stellt sich zudem, wie das bei Polizeieinsätzen ist, bei denen niemand das Handy draufhält. Wie stehen dann die Chancen, gehört zu werden? Vor zwei Jahren untersuchte das an der Uni Wien angesiedelte Austrian Center for Law Enforcement Sciences (ALES) in einer Studie 1.500 Fälle in Wien und Salzburg, in denen der Polizei Misshandlung vorgeworfen wurde. Das Ergebnis: Nur sieben der 1.500 Fälle schafften es vor Gericht, in Salzburg wurden sämtliche Verfahren schon vorher eingestellt. Zu einer Verurteilung kam es in keinem einzigen Fall. Dass das doch eher überraschend ist, möchte Christian Grafl, Ko-Autor der Studie, nicht kommentieren. Das kommt ganz auf die Erwartungshaltung an, so der Kriminologe. Grafl: „Wir haben sechs Interviews mit Staatsanwälten und der Polizei geführt und keinerlei Anzeichen dafür gefunden, dass sich

Justiz und Polizei decken oder dass Polizisten in Verfahren mehr Glaubwürdigkeit besitzen. Das hätten wir in unserer Studie publiziert.“ Bleibt dennoch die Frage, warum solche Anzeigen kaum je vor Gericht landen. Der Menschenrechtsexperte Manfred Nowak sieht ein grundsätzliches Problem darin, dass die Polizei bei solchen Gewaltvorwürfen gegen sich selbst ermittelt. Nowak: „Das Hauptproblem ist, dass innerhalb von 48 Stunden ermittelt werden muss und der Fall danach sofort an die Staatsanwaltschaft geht. Praktisch bedeutet das, dass jemand zur Polizei kommt und sagt, er ist misshandelt worden. Dabei weiß der Beschwerdeführer aber oft nicht, wer der Polizist ist, weil es in Österreich keine Namensschilder gibt. Die Aussage wird protokolliert, danach sind 48 Stunden Zeit, um den betreffenden Polizisten einzuvernehmen. Angenommen, man findet diesen, dann macht auch der Polizist eine Aussage. Zu einer direkten Gegenüberstellung kommt es aber nicht. So steht Aussage gegen Aussage.“ Auch Zeugen würden in dieser kurzen Zeit nicht einvernommen, auch sie müsste man erst ausfindig machen. Falls es also kein Video

gibt, geht der Akt in dieser Form an die Staatsanwaltschaft. „Was soll man dort aber tun? Die Staatsanwälte lassen den Akt erst einmal liegen, weil sie mit der mangelhaften Information keine Anklage erheben können. In den meisten Fällen ermittelt die Staatsanwaltschaft danach nicht weiter. Außer der Fall kommt über die Medien an die Öffentlichkeit“, so Nowak. Dass die Polizei nicht die beste Ermittlungsinstanz gegen sich selbst ist, liegt für das jahrelange Mitglied des Menschenrechtsbeirats auf der Hand. Man könne vieles an den Abläufen ändern, aber die Polizei bleibe das Nadelöhr. Seit Jahren fordern Nowak sowie NGOs wie Amnesty International eine unabhängige Ermittlungsstelle, ausgestattet mit polizeilichen Befugnissen. Nun könnte Bewegung in die Diskussion kommen. Im türkis-grünen Regierungsprogramm bereits verankert, hat die Regierung, wie aus einer parlamentarischen Anfrage der Neos-Abgeordneten Stephanie Krisper hervorgeht, die Ausarbeitung eines Konzepts bis Herbst 2020 in Auftrag gegeben. Mit welchen ExpertInnen die Einrichtung besetzt wird und wie ihre Unabhängigkeit gewährleistet wird, gilt es zu klären.

SOZIAL-ÖKOLOGISCHE WENDE

Deglobalisierung by Disaster?

Die Corona-Krise könnte eine Kurskorrektur in der konzernbetriebenen Globalisierung möglich machen. Bietet das Chancen für eine solidarische Lebensweise?

TEXT: ULRICH BRAND

Seit einigen Jahren hat die neoliberale Globalisierung bereits erhebliche Legitimationsprobleme. Immer mehr Menschen wird klar, dass es in den vergangenen Jahrzehnten zu starker Vermögenskonzentration kam. In der Wirtschafts- und Finanzkrise ab 2008 hat sich das nochmals intensiviert. Und auch das Argument, dass die Globalisierung Hunderten Millionen Menschen in den Schwellenländern Arbeitsplätze und Einkommen schafft, bekommt Kratzer, wenn man sich die sozialen Bedingungen und ökologischen Auswirkungen ansieht. Und auch im Hinblick auf das reibungslose Funktionieren des „immer mehr, immer weiter“ kam es zu Bedenken. Die Renditen waren in vielen Branchen gering, die globale Automobilindustrie leidet seit einigen Jahren an massiven Überkapazitäten, das Finanzkapital wusste kaum noch, wo rentabel angelegt werden kann – letzteres ist eine Erklärung für die aktuelle Überhitzung der Immobilienmärkte. Dort scheinen sich Investitionen noch zu rechnen. Und nun die Corona-Krise, die zu einem dramatischen und unvorhergesehenen Stocken der globalen Wirtschaft führt. Was wir zurzeit erleben, würde ich als Deglobalisierung by Disaster bezeichnen. Im Kern handelt es sich nicht um ein Überdrehen der Finanz-



Die Auseinandersetzungen vergangener Jahre werden sich intensivieren: Zwischen einer grünen Ausrichtung der Wirtschaft und einer traditionellen, fossilen Ökonomie.

märkte wie 2008, sondern es ist die Unterbrechung von Lieferketten, die jetzt für viele Unternehmen und Branchen gefährlich ist.

Es gibt nicht die Globalisierung, sondern es dominiert die neoliberale und konzernbetriebene Globalisierung.

In der kritischen Globalisierungsforschung wird seit 30 Jahren darauf hingewiesen, dass es nicht „die Globalisierung“ gibt, sondern dass eine bestimmte Form der Globalisierung, nämlich

die neoliberale und konzernbetriebene Globalisierung dominiert. Die Frage der Abkehr von der neoliberalen Globalisierung hängt von politischen Kräfteverhältnissen ab, etwa von der Möglichkeit, diese Form der Globalisierung stärker zu steuern. Die Kräfteverhältnisse, die sehr stark von den transnationalen Konzernen auf den Finanzmärkten geprägt sind, müssen in harten Konflikten verändert werden. Umso mehr jetzt, da der aktuelle Krisenprozess sonst zu weiterer Kapitalkonzentration führen wird. Doch die neoliberale Globalisierung führte auch

zu einer Vertiefung der „imperialen Lebensweise“, die ein Konsumverhalten ermöglicht, bei der die Menschen im globalen Norden ganz selbstverständlich auf Produkte zurückgreifen, die unter sozial und ökologisch höchst problematischen Bedingungen produziert wurden: Handys, Kleidung, Lebensmittel und anderes.

Dabei werden sich die bereits laufenden Auseinandersetzungen der vergangenen Jahre intensivieren: Zwischen einer grünen Ausrichtung der Wirtschaft und entsprechend grünen Kapitalfraktionen, einer grünen Orientierung auch von Gewerkschaften versus einer traditionellen und fossilen Ökonomie. Die Konflikte werden jetzt in der Corona Krise noch zugespitzt, weil natürlich bestimmte Kräfte sagen, dass aufgrund der Wirtschaftskrise keine Zeit für Klimapolitik bzw. einen sozial-ökologischen Umbau von Wirtschaft und Gesellschaft ist. Andere werden argumentieren, jetzt ist überhaupt die Chance dafür da.

Sozial-ökologische Wende

Aus progressiver politischer Perspektive bedarf es nun der konkreten Initiativen wie Umwelt- und Sozialstandards, eine Regulierung der Finanzmärkte, die Besteuerung von internationalen Konzernen, die aktuell in vielen Fällen mit den nationalstaatlichen Steuersystemen Katz und Maus spielen. Es hieße also nicht per se eine Abkehr von „der“ Globalisierung, sondern eine Umwandlung in eine sozial-ökologische Ausrichtung der Globalisierung. Ein zweiter Aspekt ist dann die Regionalisierung der Wirtschaft. Das wird aktuell stark diskutiert und könnte auch nach der Corona-Krise – was immer „danach“ bedeutet – verstetigt werden. Ich finde diesbezüglich einen Begriff von Walden Bello interessant, den er zu Beginn der Globalisierungs-

kritischen Bewegung 2002 / 2003 entwickelte: Die Deglobalisierung. Eine Deglobalisierung heißt nicht Protektionismus à la Donald Trump, sondern heißt, dass der lokalen regionalen Wirtschaft auch die Möglichkeit gegeben wird – da wo es sinnvoll ist – sich zu entwickeln. Das soll nicht heißen, dass jedes Land, eigene Computer und eigene Chips herstellt, da machen die Economies of Scale durchaus Sinn. Aber dass zum Beispiel im Bereich von Landwirtschaft und im Bereich von Textilproduktion und anderen durchaus wieder regionalisiert wird.

Was wir für eine sozial-ökologische Wende benötigen, ist keine Deglobalisierung by Disaster, wie wir sie erleben, sondern eher eine Deglobalisierung by Design, eine geplante Deglobalisierung, die regionale und lokale Wirt-

Deglobalisierung heißt nicht Protektionismus à la Trump, sondern dass die regionale Wirtschaft sich entwickelt.

schaften stärkt, was durchaus auch heute von den Regierungen gesagt wird. Das hieße politisch, die Freihandelsabkommen in Frage zu stellen. Im April wurden die Verhandlungen zwischen der EU und Mexiko abgeschlossen, um das seit 2006 bestehende Freihandelsabkommen zu aktualisieren. Es geht vor allem um die Ausweitung des Freihandels auf die Landwirtschaft. Und es sollen demnächst Verhandlungen mit dem Mercosur beginnen, dort geht es vor allem um den stärkeren Export von Autos bzw. Import von Fleisch und Soja. Das ist eine Fort- und Festschreibung der neoliberalen Globalisierung. Was wir auf der materiellen Ebene bräuchten, ist eine viel stärkere Schließung von Stoffkreisläufen. Von der EU-Kommission oder im österreichischen Regierungspro-

grammen wird das Leitbild der Kreislaufwirtschaft stark gemacht. Das bedeutet deutlich weniger Transport von Gütern, deutlich weniger Fernreisen und auch weniger Tages- oder Wochenpendler per Flieger in Europa. Die Konturen einer solidarischen Lebensweise – öffentlicher Verkehr, ökologische Landwirtschaft, Umbau vieler Industrien, regionale Wirtschaft etc. – sind längst bekannt. Ihre Stärkung hängt am Ende einerseits von guten und machbaren politischen Initiativen ab. Andererseits geht es darum, Alternativen durchzusetzen, was wiederum von den gesellschaftlichen und politischen Kräfteverhältnissen abhängt.

Ulrich Brand lehrt und forscht als Professor für Internationale Politik am Institut für Politikwissenschaft der Universität Wien zu Politiken und Krisen der kapitalistischen Globalisierung, internationaler Umwelt- und Ressourcenpolitik, Lateinamerika, sozial-ökologischer Transformation und imperialer Lebensweise. Im Juni erscheint sein neues Buch „Post-Wachstum und Gegen-Hegemonie. Klimastreiks und Alternativen zur imperialen Lebensweise“ (VSA-Verlag) mit einem Beitrag zur Corona-Krise.



Ulrich Brand
POST-WACHSTUM UND GEGEN-HEGEMONIE
Klimastreiks und Alternativen zur imperialen Lebensweise
VSA Verlag, 2020

ATYPISCHE BESCHÄFTIGUNG

Ausbeutung auf Bestellung

Drei Plattform-Beschäftigte erzählen über ihre Jobs: 4 Euro Grundlohn, weder Kranken- noch Urlaubsgeld und die erbarmungslose öffentliche Bewertung der eigenen Arbeit – das ist der Arbeitsalltag für Internetplattform-ArbeiterInnen. Sie erzählen von ihrer Arbeit und warum sie sich Freiheit versprochen, aber Ausbeutung bekommen haben.

TEXT: VERONIKA BOHRN MENA

„**G**ig Economy“ wird er genannt, dieser neue Teil des Arbeitsmarkts. Arbeitsaufträge werden häppchenweise über Online-Plattformen vergeben, die Beschäftigten nur pro Auftrag („Gig“) gebucht. Sonst gibt es keine Absicherung. Die Arbeitsgeräte müssen die Beschäftigten selbst bereitstellen, der Lohndruck ist groß und auch das Risiko tragen die Beschäftigten allein.

Schuftten im Akkord

Wer über Online-Plattformen wie foodora (*), uber oder extrasauber arbeitet, kennt in der Regel weder KollegInnen noch Vorgesetzte. Wer einen Auftrag will, muss sich in Rufbereitschaft befinden – nur wird das Bereitstehen nicht oder kaum entschädigt. Bezahlt werden die Beschäftigten nach „Stückzahl“, also nach Lieferung, Fahrt oder

geputzter Wohnung – unabhängig davon, wieviel Zeit sie dafür benötigen. Für Eva bedeutete das einen durchschnittlichen Stundenlohn von 8,30 Euro. Sie hat als freie Dienstnehmerin Essen für foodora ausgeführt, ihr Grundlohn lag bei vier Euro pro Stunde. Für jede Zustellung erhält man zwei weitere Euro. Mit zwei Lieferungen pro Stunde kommt man auf durchschnittlich acht Euro – bei Schnee, roten Ampeln oder langen Wegstrecken können es aber auch nur vier oder sechs Euro sein.

Das gleiche gilt für Dinko, den uber-Chauffeur, der für seine Fahrten zwischen 2,25 Euro und maximal 25 Euro erhält. 25 Prozent des Fahrpreises behält sich uber für die Vermittlung über seine Plattform. Bei kürzeren Strecken reicht das Geld nicht einmal aus, um die Kosten für Dinkos Wagen zu decken.



Der Preis steht fest, egal wie lange Vanessa für das Putzen tatsächlich benötigt.



Foto: Peter Wilhelm / Pixabay

Hohes Risiko für teure Miete

Bei Arbeitsaufträgen über Internet-Plattformen müssen die Beschäftigten ihre Arbeitsinstrumente selbst finanzieren. Am härtesten trifft das die ChauffeurInnen von uber. Dinko fährt seit drei Monaten für uber, anfangs hat er sich von dem Job viel Freiheit versprochen: Bewerbung und Dienstbeginn waren schnell und einfach, nur seine Führerscheinnummer musste er angeben. Der einzige persönliche Kontakt zu uber war bei der zweistündigen „Einschulung“, gemeinsam mit acht anderen Personen in einem kleinen Raum im Wiener Gasometer. Dort lief eine Präsentation über die Handy App. In der folgenden Woche musste er 400

Gig Economy: Arbeitsaufträge werden häppchenweise über Online-Plattformen vergeben.

Euro Miete für das zugelassene uber-Auto vorstrecken. Nach zehn Tagen, in denen er täglich rund acht Stunden unterwegs war, hatte er gerade einmal 1.000 Euro verdient. 700 Euro davon musste er für Wagenmiete und Tank abziehen. Und dabei blieb es nicht: Als Neuer Selbstständiger musste er von dem Geld auch noch seine Sozialversicherung bezahlen.

Auf den Fahrtpreis hat Dinko keinen Einfluss, den legt alleine uber fest. Und beschwert sich ein Fahrgast nachträglich, wird dem Fahrer der Fuhrlohn abgezogen. So muss Dinko mindestens 50, eher 60 Stunden pro Woche arbeiten, um ansatzweise über die Runden zu kommen. Anspruch auf Arbeitslosengeld hat er keinen. Krankengeld gibt es auch keines, erst ab dem 43. Krankheitstages würden ihm knapp 9 Euro

zustehen. Freie Tage oder Urlaub kann sich Dinko also nicht leisten, längst ist er auf der Suche nach einem anderen Job. Ihm ist egal was er macht, sagt er, nur für uber will er auf keinen Fall mehr arbeiten.

Bewertet und öffentlich zur Schau gestellt

Nach einem ähnlichen Prinzip funktioniert extrasauber.at, wo Reinigungskräfte um Putzaufträge buhlen. Je nach Wohnungsgröße, Fenster und Anzahl von Bädern und Toiletten wird im Vorfeld ein fixer Preis vorgegeben. Vanessa arbeitet seit zwei Monaten für extrasauber und erzählt, wie sich Reinigungskräfte und Firmen dort gegenseitig unterbieten. Bei einer 100 Quadratmeter großen Wohnung ergeben sich enorme Preisunterschiede, das kostet zwischen 74,95 Euro und 149,95 Euro.

Der Preis steht fest, egal wie lange Vanessa für das Putzen tatsächlich benötigt und wie unsauber die Wohnung ist. *„Wenn du Glück hast, wurde das letzte Mal vor einer Woche geputzt. Aber oft hast du Pech, die Wohnung ist extrem dreckig und du musst den Schmutz von Monaten wegschrubben. Das schaffst du in der vorgegebenen Zeit nicht. Dann kommst du zu spät zur nächsten Wohnung und wirst schlecht bewertet“*, erzählt sie.

Die Putzkräfte werden auf der Plattform mit Sternen und Kommentaren bewertet. Neben dem Preisdruck sorgt die gnadenlose öffentliche Bewertung durch die KundInnen für enorme Konkurrenz zwischen den Putzkräften. Unter den Fotos der Reinigungskräfte bei extrasauber.at kann man etwa lesen: „Sprachkenntnisse hätten besser sein können“ oder „Bei oberflächlicher Berücksichtigung in Ordnung, bei genauerem



Für Plattform-Beschäftigte gilt vor allem eines, wenn sie ihre Situation verbessern wollen: Organisiert euch!

Schauen nicht so ganz. Ich würde mir mehr Aufmerksamkeit beim Staubwischen/Staubsaugen wünschen“.

Über solche Kommentare schüttelt Vanessa den Kopf: „Ich verstehe diese Leute nicht. Wenn du ihnen sagst, du putzt seit zwanzig Jahren, zehn Stunden pro Tag und du weißt, dass du diese Wohnung in den vorgegebenen Stunden zu dem Preis unmöglich sauber bekommst, dann machen sie dich und deine Arbeit auch noch schlecht“.

Neues Geschäftsmodell, altes Tagelöhnertum

Zwischen den Versprechungen der Plattformen und der Arbeitsrealität der Beschäftigten ist viel Abstand. „Dein Tag gehört dir“ schreibt über auf seiner Homepage – für Dinko gilt das allerdings nicht, denn sein Tag gehört über. foodora verspricht seinen FahrerInnen „Du bist einer von uns“ und stellt einen Stundenlohn von bis zu zwölf Euro in Aussicht, Eva kommt durchschnittlich auf 8,30 Euro. Und

extrasauber wirbt mit „handverlesen“ Reinigungskräften, doch Vanessa steht der Schrecken im Gesicht, wenn sie an den nächsten Kommentar unter ihrem Profilbild denkt.

Viele neue Plattformen und „Start ups“ stützen ihr Geschäft auf altes Tagelöhnertum. Doch sie müssen mit Gegenwind rechnen. Gegen das Geschäftsmodell

Viele neue Plattformen und „Start ups“ stützen ihr Geschäft auf altes Tagelöhnertum.

dell über gibt es bereits eine einstweilige gerichtliche Verfügung. Die Beschäftigten von foodora haben vor kurzem einen Betriebsrat gegründet (Stand 2018, Anm.) und fordern einen Kollektivvertrag. Und auch für alle anderen Plattform-Beschäftigten gilt vor allem eines, wenn sie ihre Situation verbessern wollen: Organisiert euch! Denn auch für neue Jobmodelle ist und bleibt dieses zeitlose Rezept am erfolgreichsten.

Nachdruck mit freundlicher Genehmigung von Kontrast.at. Erschienen am 29.3.2018.

(* foodora wurde in Österreich im Februar 2019 zu „mjam“. Beide Essensbestellplattformen gehören zu „Delivery Hero“ mit Sitz in Berlin.

Veronika Bohrn Mena arbeitet in der Gewerkschaft GPA-djp als Expertin für atypische Beschäftigung.

Veronika Bohrn Mena

Die neue ArbeiterInnenklasse

Menschen in prekären Verhältnissen
ÖGB-Verlag, 2020



SOLIDARITÄT

„Mein erster Gedanke war: Ich komme wieder!“

Brigitte Holzinger ist Mitbegründerin von „SOS Balkanroute“, einer Initiative, die sich um Flüchtlinge in Bosnien und Herzegowina kümmert. Ein Gespräch über die Entstehung der Hilfsinitiative, die aktuelle Lage und die Versorgung der Flüchtlinge in Zeiten von Corona. Für ihr Engagement erhielt „SOS Balkanroute“ dieses Jahr den Ute-Bock-Preis für Zivilcourage.

INTERVIEW: MUHAMED BEGANOVIC

Wie sind Sie auf die Problematik in Bosnien und Herzegowina aufmerksam geworden und was hat Sie motiviert aktiv zu werden?

Ich habe im Juni 2015 mit der Flüchtlingshilfe in Österreich begonnen. Da habe ich unbegleitete Minderjährige als Patenkinder aufgenommen. 2019 kam dann die Zeit, wo sie alle halbwegs versorgt waren und es nur mehr darum ging den Asylbescheid abzuwarten. Zeitgleich entdeckte ich entsetzliche Bilder auf Facebook, die der Flüchtlingshelfer Dirk Planert aus dem inoffiziellen Camp Vučjak in Bosnien gepostet hatte. Ich dachte mir dann, dass es doch nicht sein kann, dass dort solch gravierende Zustände herrschen. Der Ort ist ja auch nicht weit von unserer Grenze entfernt. Daraufhin habe ich Dirk angeschrieben und eine Antwort bekommen. Gemeinsam mit Petar Rosandić (*Kid Pex, Anm.*) und weiteren Helfern sind wir dann im September 2019 mit einem Pickup, einem VW-Bus und einem Lkw, die jeweils mit Sachspenden (Schlafsäcke, medizinische Güter und Gewand) beladen waren, vor Ort gefahren und haben sie verteilt. Ich hatte Dirk ein-



Brigitte Holzinger: Entdeckte schlimme Bilder auf Facebook aus dem inoffiziellen Camp Vucjak in Bosnien und wurde aktiv.

fach gefragt, was gebraucht wird und das haben wir dann gezielt gesammelt und nach Bosnien gebracht.

„Ich weiß, dass ich sie nicht retten kann, aber ich kann ihnen meine Stimme geben.“

Was war Ihre Reaktion, als Sie das erste Mal Vučjak betreten haben?

Mein erster Gedanke war: Ich komme wieder! Ich war im Grunde auf alles vorbereitet, da mir die Bilder schon be-

kannt waren. Die Lage war natürlich verheerend. Was mich aber am meisten beeindruckt hat, war die Herzlichkeit, mit der uns die Flüchtlinge trotz ihrer Not empfangen haben. Da habe ich mir und ihnen versprochen, dass ich mein Möglichstes tun werde, um diesen Menschen zu helfen. Ich weiß, dass ich sie nicht retten kann, aber ich kann ihnen meine Stimme geben und unterstützen so gut ich kann. Mittlerweile konnten wir sehr viele Sachspenden sammeln und sind schon acht Mal nach Bosnien gefahren.

Durch die Schließung der Grenzen kann die SOS-Balkanroute keine Versorgungsfahrten nach Bosnien mehr organisieren. Worum kümmert sich die Initiative derzeit?

Wir sammeln Geldspenden, die wir an Helferinnen vor Ort überweisen. Sie kaufen den Flüchtlingen damit Nahrungsmittel. Seit der Schließung der Grenzen konnten wir etwa 15.000 Euro überweisen (*Stand Ende April; Anm.*). Wir haben in Velika Kladuša eine Kooperation mit einem Supermarkt, der gegen Bons den Flüchtlingen Nahrungsmitteln gibt. Das funktioniert sehr gut. Zur Zeit werden etwa 300 Menschen täglich versorgt. In Bihać haben wir einen Lagerraum, in dem wir unsere Großeinkäufe bunkern. Die Leute können sich dort dann Essen holen. Wir organisieren aber nicht nur Nahrungsmittel. Uns steht auch ein Arzt zur Seite, der per Ferndiagnose versucht, möglichst gut zu beraten. Er sagt uns dann, welche Medikamente wir besorgen sollen, um den Flüchtlingen bei kleineren Sachen wie Kräutze zu helfen.

Wie ist die Situation in Bosnien aktuell?

Die Lage hat sich verschlechtert. In den offiziellen Camps darf aufgrund der Corona-Quarantäne niemand mehr rein oder raus. Sie verzweifeln. Da bauen sich enorme Spannungen auf. Es sind ja auch verschiedene Nationen auf engstem Raum eingesperrt und die können nicht alle gut miteinander umgehen. Wenn man eine Menge Österreicher in einem Raum einsperrt, dann passiert dasselbe, finde ich. Auch außerhalb der Camps ist die Lage schlimm. Wenn sich die Lage nicht bessert, bzw. wenn die Regierung vor Ort in den nächsten Wochen und Monaten nichts unternimmt, können wir sicher sein, dass die Flüchtlinge ab dem Sommer wieder versuchen werden, weiterzuziehen.



Auf Tour. Brigitte Holzinger hört immer wieder, dass Geflüchteten an der Grenze Handys, Schuhe und Rucksäcke abgenommen werden.

Österreich weigert sich nach wie vor, Flüchtlinge aufzunehmen. Wie müsste das Land Ihrer Meinung nach reagieren?

Jetzt könnte sich Österreich noch aussuchen, wer aufgenommen werden soll – zum Beispiel Familien oder Minderjährige. In sechs Monaten bin ich mir da nicht mehr so sicher. Es ist sicher einfacher, mit der Situation fertig zu

„Jetzt könnte Österreich noch aussuchen, wer aufgenommen werden soll. Familien oder Minderjährige zum Beispiel.“

werden, indem man gezielt Leute aufnimmt, als wenn alle plötzlich herkommen.

Flüchtlinge bezeichnen den Versuch europäischen Boden zu erreichen auch gerne als „The Game“. Spielen sie das Spiel trotz Corona?

Sie versuchen es nach wie vor. Wir hören immer mal wieder, dass es manche schaffen und das beflügelt natürlich die anderen, es wieder zu wagen. Wir raten jedem ab momentan den Versuch

zu starten. Dazu muss ich auch sagen, dass uns täglich Hilfeschreie von Flüchtlingen erreichen, die beim Versuch die Grenzen zu überqueren, verletzt wurden. Es werden ihnen nach wie vor Handys, Schuhe, Rucksäcke und manchmal Gewand abgenommen. Das wird dann verbrannt, bevor sie wieder nach Bosnien zurückgebracht werden.

Haben Sie das Gefühl, dass aufgrund der miserablen Lage in Griechenland auf die Flüchtlinge in Bosnien vergessen wird?

Die Bilder, die wir aus Griechenland bekommen sind katastrophal. Im Gegensatz zu Bosnien, wo es separate und menschenwürdige Camps für Familien mit Kindern gibt, sind in Griechenland alle auf engem Raum zusammengedrückt. Es verdient sicher die mediale Aufmerksamkeit, die es bekommt. Kinder haben für mich höchste Priorität.

In Bosnien und Herzegowina war die öffentliche Meinung über die Flüchtlinge und ihren Helfern schon vor der Corona-Pandemie sehr negativ. Zehi-



SOS-Balkanroute: Mittlerweile hat die Initiative schon acht Hilfslieferungen nach Bosnien gebracht.

da und Zemira, zwei der lokalen Helferinnen der SOS Balkanroute, haben über Anfeindungen berichtet. Welche Erfahrungen haben Sie gemacht?

Ja, diese Anfeindungen gibt es. Soetwas habe ich auch hier in Österreich vor kurzem erlebt. Eine anonyme Person hat mich bei etlichen Einrichtungen wie der Volkshilfe und sogar beim Bürgermeister von Kremsmünster angeprangert. Ich habe Anfeindungen davor auch schon mal erlebt aber nicht in diesem Ausmaß.

Lange bevor sie Flüchtlingshelferin wurden, waren sie eine „glühende FPÖ-Anhängerin“, wie sie in Ihrem Buch ‚Photismos‘ schreiben. Was hat Sie zum Umdenken bewegt?

Dafür hat es gereicht, die Menschen, also die Flüchtlinge, persönlich kennenzulernen. Meine Schwiegermutter hat damals einen afghanischen Minderjährigen als Patensohn aufgenommen. Das hat mich motiviert, es ihr gleich zu tun. „Das sind ja Kinder, die können nichts dafür“, dachte ich mir damals und habe auch ein Patenkind aufgenommen. Innerhalb von zwei

Monaten wurden es 30. Ich habe dann sehr schnell gemerkt, dass sie die gleichen Probleme haben wie unsere Kinder auch. Mein damaliges Denken war falsch, da es so stark von dem medial und politisch aufgesetzten Bild eines ‚muslimischen Mannes‘ geprägt war. Da ging es darum, dass es keine Frauenrechte gibt, und so weiter. Dieses Bild ist mir aber in meiner Arbeit in den letzten fünf Jahren absolut nicht begegnet. Ich kenne da weitaus frauenfeindlichere autochthone Österreicher.

Muhamed Beganović, 32, arbeitet als freier Autor und Redakteur und schrieb u.a. für die Zeitschrift „Das Biber“ und die „Wiener Zeitung“.



Brigitte Holzinger
PHOTISMOS
Von einer glühenden
FPÖ-Anhängerin zur
Flüchtlingsmama
Karina Verlag, 2019

IMPRESSUM

MO REDAKTION:

c/o SOS Mitmensch, Zollergasse 15/2,
1070 Wien, T +43 1 524 99 00,
F +43 1 524 99 00-9,
redaktion@momagazin.at,
www.momagazin.at

REDAKTION:

Gunnar Landsgesell (Chefredakteur; gun),
Petja Dimitrova (Porträt-Illus), Alexander Pollak (apo),
Karin Wasner (Bilder), P.M. Hoffmann, Eva Vasari (Illus-
trationen), Clara Akinyosoye, Eva Maria Bachinger,
Philipp Sonderegger, Baruch Wolski

AUTORINNEN DIESER AUSGABE:

Clara Akinyosoye, Eva Maria Bachinger, Muhamed
Beganovic, Veronika Bohrn Mena, Ulrich Brand, Franziska
Grillmeier, Hannah Kentouche, Nour Khelifi, Milena
Österreicher, Alexander Pollak, Marlene Radl, Katharina
Rogenhofer, Martin Schenk, Philipp Sonderegger, Kathrin
Stainer-Hämmerle, Magdalena Stern

COVERBILD: P.M. Hoffmann

ARTDIREKTION: Mitko Javritchev

LAYOUT-KONZEPT: Theo Kammerhofer

DRUCK: Ferdinand Berger & Söhne GmbH,
Wiener Straße 80, 3580 Horn

ANZEIGEN: Katharina Hofmann-Sewera
Katharina.Hofmann-Sewera@sosmitmensch.at,
Telefon: +43 1 524 99 00-16

ABOS: Sonja Kittel, abo@momagazin.at
Telefon: +43 1 524 99 00-18

VERTRIEB:

Beilage „Der Standard“; Straßenkolportage
AUFLAGE: 40.000

HERAUSGEBERIN:

SOS Mitmensch, Zollergasse 15/2, 1070 Wien,
T +43 1 524 99 00, F +43 1 524 99 00-9,
Mail: office@sosmitmensch.at
Web: www.sosmitmensch.at
ZVR: 22747570

OFFENLEGUNG gem. § 25 MedienG:

Medieninhaber (Verleger) und
Herausgeberin: SOS Mitmensch
Sitz: Wien
Geschäftsführung: Alexander Pollak,
Gerlinde Affenzeller;
Obmann: Max Koch
Grundlegende Richtung: gegen Diskriminierung,
für Menschenrechte, Demokratie
und Migration
ZVR: 22747570

SPENDEN:

IBAN: AT87 6000 0000 9100 0590
BIC: BAWAATWW
MO ist das Medium von SOS Mitmensch gegen
Rassismus und Diskriminierung, für Menschenrechte,
Demokratie und Migration. Der Nachdruck der Beiträge
ist bei Nennung der Quelle und Übersendung von
Belegexemplaren ausdrücklich erwünscht, wenn
das Copyright nicht ausgewiesen ist. Die Rechte der
Fotografien liegen bei den
UrheberInnen. Falls kein/e Urheber/in
ausgewiesen ist: SOS Mitmensch.



„Meine Lunge ist zusammengesackt wie eine Harmonika“, erzählt Gertrude.

PORTRÄT

Danijel und Gertrude

Der Pflegebereich ist nach wie vor Frauensache. Doch langsam interessieren sich auch Männer dafür. Danijel, ursprünglich aus Serbien, ist ein Beispiel für einen neuen, erfrischenden Zugang. Das freut auch die 80jährige Gertrude.

TEXT: EVA BACHINGER
FOTOS: KARIN WASNER

Sie wirken wie Enkelsohn und Großmutter: die 80-jährige Gertrude und der 25-jährige Danijel. Am Wohnzimmertisch in der kleinen Gemeindewohnung von Gertrude sitzen sie bei Kaffee und selbstgebackenen Rehrücken-Kuchen. Danijel ist Heimhelfer und Gertrude hatte vor eineinhalb Jahren einen Lungeninfarkt: „Meine Lunge ist zusammengesackt wie eine Harmonika“, erzählt sie, „und dann war ich von Februar bis August im Spital.“ Seitdem kommt Danijel als Mitarbeiter der Wiener Sozialdienste zweimal die Woche zu ihr – und sie ist sehr froh darüber. Er hilft ihr beim Einkaufen, im Haushalt und holt Medikamente von der Apotheke. „Es geht bei meiner Arbeit aber auch um Kommunikation“, sagt er. „Und da meine ich nun nicht nur Guten Tag und auf Wiedersehen, sondern auch über Sorgen oder Alltagsthemen zu reden.“ „Oder über rasierte Männer“, wirft Gertrude lachend ein und zeigt auf Danijels Dreitagebart. Gertrude hat fein säuberlich manikürte, rot lackierte Fingernägel, ein schwarzer Haarschopf ziert ihr sorgfältig frisiertes, weißes Haupthaar. „Das mache ich noch alles selber“, betont sie sicht-

lich stolz. Seit Beginn der Corona-Krise verbrachte Gertrude ausschließlich in der Wohnung, acht Wochen lang. Sie vermisste Danijel. Anfang Mai konnte er sie wieder betreuen. Der erste Spaziergang führte Gertrude zur Maniküre und zum Friseur.

Der Pflegebereich, der ohnehin händeringend nach Personal sucht, ist durch Corona nochmal gehörig unter Druck gekommen. Danijel wurde vom Wiener Sozialdienst der „Corona-Gruppe“ zu-

Der Pflegebereich, der ohnehin nach Personal sucht, geriet durch Corona nochmal gehörig unter Druck.

geteilt: Das sind MitarbeiterInnen, die im Auto in ganz Wien unterwegs sind, um Personen mit möglicher Corona-Infektion oder auch solche, die daran erkrankt sind, zu betreuen. Es ist dieselbe Betreuungs- und Pflegetätigkeit zu verrichten, allerdings in kompletter Schutzausrüstung. „Jetzt wird es etwas besser, aber vor zwei, drei Wochen war sehr viel zu tun. Bis zu 13 Stunden war ich im Einsatz. Unter dem Schutzanzug ist es sehr heiß, das ist anstrengend, vor allem das An- und Ausziehen.“ An De-

menz erkrankte KlientInnen staunen nicht schlecht, wenn „eine Art Astronaut“ vor ihrer Tür steht. „Was wollen Sie, wer sind Sie?, fragen sie verdutzt oder verängstigt“, schildert Danijel. „Es ist schwierig, ihnen die Lage zu erklären. Sie wissen ja nichts vom Virus und vergessen alles auch gleich wieder. Sie hören oft schlecht und unter der Schutzmaske ist das Sprechen nicht so leicht.“ Zudem müssen auch die KlientInnen beim Einsatz eine Maske tragen, wovon sie mitunter schwer zu überzeugen sind.

Bisher Hahn im Korb

Um das Pflegepersonal zu unterstützen, werden in dieser Situation auch Zivildienstler eingesetzt. Ende März wurde der Zivildienst für 1.500 Männer um drei Monate verlängert, seit April stehen zusätzlich 3.000 Männer im außerordentlichen Zivildienst zur Verfügung. Im Bereich der Altenbetreuung und in Krankenanstalten lag der Anteil der Zivildienstler 2019 bei rund 17 Prozent. Schon vor der Corona-Krise fiel auf, dass sich mehr Männer für den Pflegebereich interessieren. „Männer waren bisher in der Pflege eine Rarität, seit einiger Zeit nimmt ihr Anteil

aber zu“, bestätigt Anastasia Knoll, Pflegedienstleiterin bei den Wiener Sozialdiensten. Das macht sich bislang vor allem in den Ausbildungskursen bemerkbar, der männliche Anteil stieg im vergangenen Jahr auf 16 Prozent. Auch das Rote Kreuz bestätigt diese Tendenz. Auch Danijel bemerkt diese Entwicklung: „Ich war bisher der Hahn im Korb, aber jetzt kommen mehr Männer. Diesen Beruf können nicht nur Frauen, genauso wie Automechaniker nicht nur Männer sein können.“

Danijel wurde in Serbien geboren, im Alter von neun Jahren kam er mit seiner Familie nach Österreich. Die Familie folgte den Großeltern, die 1972 als „Gastarbeiter“ ins Land geholt wurden. „Es war ein ziemlicher Einschnitt. In der Schule in Serbien lernte ich die kyrillische Schrift. Hier habe ich dann auch alle Aufgaben in kyrillischer Schrift geschrieben, und alles durchgestrichen zurückbekommen. Da habe ich erfahren, dass man hier die lateinische Schrift verwendet“, kann er heute darüber lachen. Nach der Hauptschule besuchte er zuerst die HTL für Elektrotechnik, aber das war einfach nicht „sein Fach“. Als seine Großeltern einmal im Krankenhaus waren, hatte er sich gefragt, warum man krank wird, warum man, wenn man alt ist, nicht mehr so leicht aufstehen oder sich bücken kann. Schließlich brach er die HTL ab und absolvierte eine dreimonatige Ausbildung bei den Wiener Sozialdiensten. „Meine Eltern haben gemeint: Wie soll das gehen, du weißt doch gar nicht, was auf dich zukommt. Als Mann war das natürlich ungewöhnlich. In Serbien kennt man nur Krankenschwestern, Männer sind Ärzte. Doch entweder macht man etwas gerne oder nicht.“ Mittlerweile arbeitet er seit fünf Jahren als Heimhelfer und ist bei KollegInnen und KlientInnen beliebt. Seine Eltern sind heute stolz auf ihn. Auch Danijels 69jährige Großmutter, die wieder in Serbien lebt, ruft ihn öfters an und fragt bei diversen Wehwehchen um Rat.



Danijel brach die HTL ab und begann eine Pflegeausbildung. Seine Eltern waren skeptisch.

Das Wort „Danke“

Doch was ist seine Motivation? „Mich fasziniert das Wort Danke. In den Wohnungen ist oft wenig Platz, im Sommer ist es heiß, man arbeitet oft sehr schwer. Wenn sich die Klienten bedanken, dann ist das Schwierige vergessen. Denn dieses Danke schön der alten Menschen kommt aus tiefster Seele. In vielen anderen Berufen bekommt man nur Geld.“ Gelernt hat er auch, dass es nicht nur gute und böse Menschen gebe, sondern „tausend verschiedene“. Und: „Als ich jünger war und gehört habe, der ist 56 Jah-

re alt, dachte ich, oh, ist der alt. Heute akzeptiere ich den Begriff „alt“ nur bei 85 und 90.“ Gertrude hört ihm aufmerksam zu und meint lachend: „Da sind wir noch nicht dabei.“ Danijel will sich in Zukunft gerne weiterbilden, vielleicht auch noch die Ausbildung zum Krankenpfleger machen. Dafür wird Matura verlangt, er würde sie nachholen. „Dann wirst Du wieder Schüler und gehst mit der Tasche“, meint Gertrude lachend. „Jetzt geh ich auch schon mit der Tasche!“, erwidert Danijel. Am Anfang war Gertrude skeptisch, dass ein Mann als Betreu-

er kommt, doch nun stört es sie nicht mehr, ganz im Gegenteil: Es ist ihr sogar lieber, wenn Danijel kommt. „Als Hausfrau muss man schon wissen, wie man zusammenkehrt, aber die anderen kehren oft nur mit einer Hand. Dem Danijel brauch ich nicht viel zu erklären, er weiß schon alles.“ Gertrude war 30 Jahre lang Hausbesorgerin im Gemeindebau, verheiratet und Mutter zweier Töchter. „Ich habe keine Enkerl, aber ich habe Danijel. Vor einem Jahr ist eine meiner Töchter gestorben, im Alter von 59 Jahren. Mein Mann ist vor drei Jahren gestorben. Die letzten Jahre haben mir sehr viele Nerven gekostet“, sagt sie bedrückt.

Sprachkurs für Wienerisch

Allenthalben wird nun den „Helden und Heldinnen“ in der Pflege gedankt, vom Bundeskanzler abwärts. Ob das auch langfristig zu einer Aufwertung dieser Aufgabe führt, bleibt abzuwarten. Wenn Männer in bisher weibliche Berufsbranchen nachrücken, erfahren diese zumeist eine Aufwertung, sowohl im Ansehen als auch bei der Bezahlung. Doch dieser Entwicklung Beachtung zu schenken ist wie Karenzvätern an Spielplätzen besonders zu huldigen. Allerdings ist offensichtlich, dass

sich die Geschlechterrollen im Wandel befinden. Auch die türkisch-grüne Regierung hat sich in ihr Programm geschrieben, nicht nur technische Berufe für Frauen attraktiver zu machen, sondern auch Pflege- und Careberufe für Männer. Das ist auch nötig: Die Caritas geht davon aus, dass bis zum Jahr 2050 mehr als 50.000 zusätzliche Pflegekräfte nötig sind. Beim Wiener Sozialdienst ist auch bemerkbar, dass aufgrund verbesserter Lebensbedingungen etwa in der Slowakei weniger Pflegerinnen kommen als früher. Also

Reaktion auf Sprachbarrieren: Bei den Wiener Sozialdiensten wird nun auch Wienerisch gelehrt.

muss vermehrt im Inland rekrutiert werden. Wichtig ist nicht nur, Interessierte für den Pflegeberuf auszubilden, sondern sie auch im System zu halten. Um das zu erreichen, wird man nicht daran vorbeikommen die, Bedingungen zu verbessern. „Da geht es nicht nur um eine bessere Bezahlung von Pflegearbeit, sondern auch darum, wie wird Flexibilität honoriert, wie achtet man auf eine Work-Life-Balance oder ob Pflegekräfte Fortbildungen besu-

chen können“, betont Ursula Frohner, Präsidentin des Österreichischen Gesundheits- und Krankenpflegeverbandes. Viele beginnen die Ausbildung und merken erst beim Praktikum, was es wirklich bedeutet, zu pflegen. Bei MigrantInnen sei zudem die mögliche Sprachbarriere zu beachten. Gerade bei alten Menschen ist der Dialekt ein Thema, Flüchtlinge und MigrantInnen lernen in Sprachkursen aber Deutsch als Hochsprache. Bei den Wiener Sozialdiensten hat man darauf bereits reagiert: Da wird nun auch Wienerisch gelehrt. Das Personal ist bunt gemischt, die MitarbeiterInnen kommen aus 52 Nationen, auch aus Irak, Afghanistan, Syrien oder Eritrea. Auf die Vielfalt sei man stolz, betont Pflegedienstchefin Knoll.

Worin besteht aber der Vorteil, wenn mehr Männer in Pflegeberufen tätig sind? „Die Teams sind gemischerter. Es gibt unterschiedliche Herangehensweisen, es ist wichtig in herausfordernden Situationen voneinander lernen zu können“, erklärt Knoll. Expertin Frohner begrüßt es grundsätzlich, wenn mehr Männer Interesse zeigen, aber sie vermutet, das Interesse werde sich dennoch in Grenzen halten: „Denn manche Religionen oder gelebte, gesellschaftliche Strukturen im Herkunftsland lassen es nicht zu, dass ein Mann pflegt bzw. ein Mann eine Frau pflegt. Falls echtes Interesse vorhanden ist, ist es aber gut vorstellbar, dass sie gut aufgenommen werden, weil es ja mittlerweile auch viele Pflegebedürftige mit Migrationshintergrund gibt.“ Gertrude stammt ursprünglich aus Schwarzwald im Gebirge in Niederösterreich. Mit 18 Jahren kam sie nach Wien. Auch sie hat Danijel positiv aufgenommen.

Mittlerweile gibt es auch viele Pflegebedürftige mit Migrationshintergrund.



Eva Bachinger arbeitet als Journalistin, Autorin und Sozialarbeiterin. Buchveröffentlichungen u.a. "Die Integrationslüge" (gemeinsam mit Martin Schenk, Deuticke Verlag, 2012).



Haus der Menschenrechte: Nach mehr als 40 politischen Gesprächen mit dem Land Oberösterreich und der Stadt Linz schließlich realisiert.

VEREINTE KRÄFTE

Zuflucht finden, zuhause fühlen

Vor einem Jahr wurde in Linz das „Haus der Menschenrechte“ eröffnet. Hier kommen alle unter: Asylwerbende, Menschen mit Migrationshintergrund und Einheimische in Not. Geschäftsführerin Sarah Kotopulos über ein erstaunliches Projekt, das unter schwierigen Umständen realisiert wurde.

INTERVIEW: MILENA ÖSTERREICHER

Vor über zehn Jahren als Idee geboren, seit Mai 2019 Realität: Das „Haus der Menschenrechte“, das 65 Menschen ein Zuhause bietet. Eine Unterkunft für AsylwerberInnen und für Menschen in Notlagen – mit und ohne Migrationshintergrund. Der Verein „SOS-Menschenrechte“ betreibt das Haus in der Linzer Rudolfstraße 64. Außer-

dem bietet er zahlreiche Projekte an: Von Workshops über Armut, in Zusammenarbeit mit der Straßenzeitung „Kupfermuckn“, bis zu Menschenrechtsbildung an Schulen.

Die Generalsanierung des Gebäudes dauerte zweieinhalb Jahre. Kostenpunkt: mehr als zwei Millionen Euro. Über die anfängliche Zurückhaltung der Politik und die enorme Unterstüt-

zung der Zivilgesellschaft erzählt Geschäftsführerin Sarah Kotopulos im Gespräch.

Wie war es möglich so ein Projekt aufzuziehen? Gab es Unterstützung seitens der schwarz-blauen Landesregierung oder der rot-blauen Linzer Stadtregierung?

Wir hatten mehr als 40 politische Ge-



Das 120 Jahre alte Haus war dringend sanierungsbedürftig. Die Kampagne war ein voller Erfolg, überall wurden Spendenboxen aufgestellt.

sprache mit dem Land Oberösterreich und der Stadt Linz. Wir sprachen hier mit Landeshauptmann Josef Pühringer (ÖVP) und Bürgermeister Klaus Luger (SPÖ). Es war ein Ping-Pong-Spiel, niemand fühlte sich zuständig. Die in Aussicht gestellte Wohnbauförderung wurde schließlich von Landeshauptmann-Stellvertreter Manfred Haimbuchner (FPÖ) überraschend und kommentarlos abgelehnt. Diese Entscheidung war für den Verein wie ein Schlag ins Gesicht für die über 20-jährige Menschenrechtsarbeit in Oberösterreich. Die Situation war angespannt, die Infrastruktur im Haus schon sehr schlecht mit wöchentlichen Wasserschäden und dringend sanierungsbedürftigen Sanitäranlagen in dem 120 Jahre alten Haus. Also beschlossen wir im Sommer 2015 es selbst in die Hand zu nehmen und starteten die Kampagne „Dach über dem Kopf“.

Mit der Kampagne wurden rund 800.000 Euro gesammelt. Wie kam diese hohe Summe zustande?

Der Rückenwind war enorm. Wir waren über den Zuspruch überrascht. Es wurden überall Spendenboxen aufgestellt: auf Geburtstagsfeiern, bei Taufen und Begräbnissen. Es spendeten

„Also beschlossen wir im Sommer 2015 es selbst in die Hand zu nehmen und starteten eine Kampagne.“

an die 1700 Menschen. Weitere 600.000 Euro kamen von alternativen nachrangigen Darlehen und der Rest von einem Bankkredit. Und schlussendlich, als die Politik sah, dass wir dranblieben, sind Landeshauptmann und Bürgermeister auch bei der Finanzierung aufgesprungen. Wir haben schließlich das erste Haus der Menschenrechte

Österreichs ausgerufen und da wollten sie im Endspurt doch auch dabei sein. Eine besondere Geschichte ist die einer Nachbarin. Sie rief eines Tages an und sagte, sie habe gelesen, dass wir Spenden bräuchten. Sie hatte ihr Leben lang auf eine Eigentumswohnung gespart. Jetzt fühlte sie sich aber so wohl in ihrer Genossenschaftsmietwohnung und brauche keine andere. Daher wollte sie das Geld spenden und so 65 Menschen ein Zuhause schenken. Wir machten eine Hausführung mit ihr. Sie kündigte dann an am nächsten Tag 100.000 Euro zu überweisen. Man glaubt ja fast nicht, dass es so selbstlose Menschen gibt, aber am nächsten Tag war wirklich das Geld am Konto.

Hatten Sie Zweifel diese Spende anzunehmen?

Nein, Zweifel hatte ich keine, da ich genau weiß, wie sinnvoll und nachhal-



Sarah Kotopulos mit der ersten Mieterin des Hauses. (li.) Zur Ruhe kommen in der Gemeinschaft.

tig die Spenden bei uns eingesetzt werden. Auch wir selbst, das Team und der Vorstand haben viel Geld, Zeit und Knowhow in das „Haus der Menschenrechte“ gesteckt, weil wir überzeugt sind, dass es das Haus und den Verein dringend braucht. Das Engagement für die Aktion „Dach über dem Kopf“ wäre im Gesamtumfang unbezahlbar gewesen.

Das „Haus der Menschenrechte“ bietet 65 Menschen ein Zuhause. Ist es derzeit voll belegt?

Momentan gibt es – so wie in anderen Asylunterkünften österreichweit – einen Leerstand. Derzeit wohnen 16 unbegleitete minderjährige Flüchtlinge und 14 erwachsene Asylwerbende bei uns. In den Startwohnungen für Menschen in Notlagen sind wir mit 13 MieterInnen voll ausgelastet, der Bedarf wäre aber größer. Viele Menschen sind hier in Linz von Genossenschaftswohnungen ausgeschlossen, da sie noch nicht fünf Jahre in Oberösterreich gemeldet sind und keinen Anspruch auf Wohnbeihilfe haben – die Zeit des Asylverfahrens zählt nicht. Sie müssen sich daher auf dem privaten Wohnungsmarkt umsehen, was für sie oft schwierig ist, etwa weil sie einen Migrationshintergrund haben.



Einige Mieterinnen sind auch Frauen aus Gewaltbeziehungen mit ihren Kindern. In der Akutsituation können sie in ein Frauenhaus, aber danach? Wo können sie dann hingehen?

„Man glaubt, es sei ‚nur‘ eine Flucht, aber es sind so viele, von einem Horror zum nächsten.“

Aufgrund der Covid-19-Situation können wir niemanden persönlich treffen. Können Sie von den BewohnerInnen erzählen?

Eine Bewohnerin ist zum Beispiel eine unbegleitete minderjährige Asylwerbende. Sie kam mit 15 Jahren zu uns. In Nigeria lebte sie bei ihrem Onkel. Als dieser starb, begann die Tante sie sehr schlecht zu behandeln, fast wie eine Sklavin. Sie ist daraufhin davon gelaufen, lebte eine Zeit lang auf der Straße und ist Menschenhändlern in die Hände geraten. Ihr wurde viel versprochen: Dass sie im Ausland in einem Kindergarten mithelfen oder in einem Restaurant arbeiten könne. Sie kam mit Schleppern nach Libyen in ein Auffanglager. Dort wurde es noch schlimmer, mehrere Männer haben sie am Tag vergewaltigt. Schlussendlich gelang ihr die Flucht nach Italien. Dort dachte sie, der Horror sei endlich vorbei, denn sie sei ja jetzt in Europa: Dort, wo die Menschenrechte gelten. Aber es ist weitergegangen mit dem Zwang zur Sexarbeit. Man glaubt, es sei „nur“ eine Flucht, aber es sind so viele, von einem Horror zum Nächsten. Das kann man sich oft gar nicht vorstellen. Ihr ist schließlich die Flucht nach Österreich gelungen. Sie kam in eine Erstaufnahmestelle und dann zu uns.

Wie ist es für das Mädchen ausgegangen?

Eine intensive Therapie ist notwendig bis die jungen Menschen über das Erlebte sprechen können. Wir versu-

Unter einem Dach: minderjährige Flüchtlinge, erwachsene Asylwerbende und Menschen in Notlage.



chen wieder Vertrauen und ein positives Menschenbild aufzubauen. Das ist schwierig, denn es waren Menschen, die ihnen all das angetan haben, keine Naturkatastrophen oder Ähnliches. Die lange Unsicherheit der Asylverfahren ist dabei ebenso hinderlich. Diese Kinder brauchen Sicherheit. Das Mädchen hat letztendlich einen positiven Asylbescheid bekommen und ist mittlerweile schon ausgezogen. Bei ihr ist es gut ausgegangen. Sie lebt jetzt in einer eigenen Wohnung und erhält sich selbstständig. Wir hatten aber auch schon einige Mädchen, wo die Vermutung nahe liegt, dass sie in Österreich wieder in die Sexarbeit geraten sind, weil sie aus dem Menschenhandelsring nicht herauskamen.



Bundespräsident Alexander Van der Bellen auf Besuch.

Wie werden die Wohnplätze, Therapien und die Betreuung finanziert?

Die Miete der Startwohnungen kostet zwischen 100 und 230 Euro mit allem inkludiert. Es sind sozialpädagogische Mietverträge, das heißt sie sind beispielsweise an Beratungen gebunden. Die unbegleiteten minderjährigen Jugendlichen müssen wir rund um die Uhr betreuen. Sie bekommen nur die Hälfte des Tagsatzes, den ein österreichischer Jugendlicher in einer Fremdunterbringung bekommt. Es kann nicht sein, dass wir hier in einem der reichsten Länder der Welt leben und

mit zweierlei Maß messen. Wir sind daher auch Teil der Kampagne „Keine halben Kinder!“. Ein Kind ist ein Kind. Nur über den Tagsatz ist die in-

„Die Corona-Krise bereitet mir Kopfzerbrechen. Projekte pausieren, Förderungen werden gekürzt.“

tensive Betreuung schwer finanzierbar, deshalb schießen wir Spenden hinzu. Wir haben auch RechtsberaterInnen, externe TherapeutInnen und um die 100 Freiwillige, die uns unterstützen.

Welche Bilanz ziehen Sie ein Jahr nach der Eröffnung?

Es war eine unglaubliche Kraftanstrengung all das auf die Beine zu stellen. Aber wir merkten vom ersten Tag an, dass unsere BewohnerInnen sich im neuen Haus total wohlfühlen. Das strahlt sich auch positiv auf die Stadt Linz aus. Viele Menschen wollen Hausführungen machen und in Ausbildungen auf FHs sind wir mittlerweile ein Fixpunkt. Wir haben ein Statement gesetzt, räumlich und gesellschaftspolitisch.

Welche Auswirkungen hat die Corona-Krise auf das Haus?

Ich habe viele schlaflose Nächte, die Krise bereitet mir Kopfzerbrechen. Projekte pausieren, Förderungen werden gekürzt. Unsere Betreuung muss aber weiterlaufen, daher brauchen wir Spenden für diese vielen zusätzlichen Ausgaben. Ich habe aber auch die Zuversicht, dass wir als Gesellschaft weiterhin an andere Menschen denken, die Schutz brauchen und die es noch schlimmer trifft. Menschenrechtsarbeit ist kein Ziel, sondern ein ständiger Weg.

Milena Österreicher arbeitet als freie Journalistin, Übersetzerin für Spanisch und Portugiesisch sowie als Sprachtrainerin.

Kraftanstrengung hat sich bezahlt gemacht, die BewohnerInnen fühlten sich von Beginn an wohl.





Camp von Moria: Für knapp 3.000 Menschen ausgelegt, leben dort heute 19.000 Menschen.

VERHEERENDE ZUSTÄNDE

Gefangen

Auf Lesbos stecken Tausende Geflüchtete auf unbestimmte Zeit fest. Es ist wie das Warten an einer aufgegebenen Bushaltestelle – kein europäisches Land will sich der Schutzbedürftigsten annehmen, man lässt die Menschen im lebensbedrohlichen Limbo zurück.

REPORTAGE UND FOTOS: FRANZISKA GRILLMEIER

Sie nannten sie „Mama Maryam“ oder „Die Anwältin“. Sie war die Frau mit dem ständig klingelnden Telefon und dem dunkelroten Notizbuch unter dem Arm. Für jeden erreichbar, hörte sie den Menschen im Camp von Moria bis spät in der Nacht zu. Heute, geht Maryam Janikhushk mit ihrem Telefon in

eine ruhige Ecke ihrer kleinen Wohnung in der Verwaltungsstadt Mytilini, fünf Kilometer vom Flüchtlingslager entfernt. Vor einem halben Jahr siedelte das Flüchtlingshilfswerk UNHCR sie dorthin um. Schon einen Tag nach ihrer Ankunft mit dem Schlauchboot wurde sie von den älteren Afghanen im Camp zur „Community Leade-

rin“ in Moria gewählt. Damit war sie die erste Frau, die zwischen der afghanischen Camp-Gemeinde und der Militärverwaltung zu vermitteln versuchte. Keine einfache Aufgabe in einem von Stacheldrahtzaun und Scheinwerferlicht umzingelten Militärgebiet, das nur für 2.800 Menschen ausgelegt ist und schon vor einem Jahr mehr als die



Improvisiertes Leben auf einem von Stacheldrahtzaun und Scheinwerferlicht umzingelten Militärgelände.

fünffache Menge Menschen fasst. Die 41-Jährige übersetzte für PatientInnen im Krankenhaus – organisierte Milchpulver für Neugeborene, Beinprothesen für Kriegsversehrte, brachte somalische und afghanische Frauen beim gemeinsamen Brotbacken um ein Feuer, setzte die Ältesten einzelner ethnischer Gruppen unter einem Olivenbaum zusammen, um Konflikte zu schlichten, die nur allzu leicht aufgrund der Überfüllung im Camp ausbrechen. Im Laufe der Monate kommen immer mehr unbegleitete Jugendliche zu ihr, erzählen von Schlägereien, Vergewaltigungen und Alkoholismus im Camp. „Wenn die Kinder in die Schule könnten,“ sagt sie, „im Camp gibt es kaum Aufseher, sie sind hoch traumatisiert und werden immer weiter vernachlässigt.“

Aufgestauter Frust

Zu diesem Zeitpunkt, gibt es wenigstens noch ein paar Angebote für Kinder- und Jugendliche außerhalb des Lagers. Selbstorganisierter Unterricht von NGOs, ein Gym und ein Garten im Gemeinschaftszentrum „One Hap-

Ein Jahr später ist das Camp isoliert, die Schule auf dem Gelände durch Brandstiftung abgebrannt.

py Family“ (OHF). Ein Jahr später ist das Camp isoliert. Die Schule im Gemeinschaftszentrum OHF ist durch Brandstiftung abgebrannt. Die meisten humanitären Helferinnen mussten aus Sicherheitsgründen die Insel verlassen. Seit Beginn des Jahres greifen rechtsradikale Gruppierungen im-

mer wieder gezielt humanitäre ArbeiterInnen, ihre Häuser und Autos an. Die Gewalt ist nicht repräsentativ für die Mehrheit der Inselbevölkerung, die sich seit Jahren mit den Geflüchteten solidarisch zeigt. Und doch sind die Menschen auf der Insel müde geworden, ignoriert zu werden. Dieser aufgestaute Frust ist auch Ergebnis einer Europäischen Politik, die über die letzten Jahre hinweg bewusst die eigens auferlegten Rechtsnormen der Schutzverantwortung unbeachtet ließ. Janikhushk's Telefon klingelt ununterbrochen, um die „acht Stunden am Tag“, sagt sie. Die Menschen haben kaum mehr Ansprechpartner im Camp, in der Nacht sind nur zwei Polizisten für 19.000 Menschen anwesend. Die Asylbehörden haben bis Mitte Mai geschlossen. Damit können Asylsu-



Streit über die Verteilung der Menschen. Polen, Tschechien, Slowakei, Ungarn und Österreich blockieren jegliche Lösung.

chende nicht befragt werden und bekommen keine Entscheidungen über ihren Asylstatus. Die Zugangsstraßen zum Camp sind aufgrund der neuen Covid19-Bewegungseinschränkungen abgeriegelt. Schon zuvor trug die langwierige Bürokratie nach dem EU-Türkei Abkommen dazu bei, dass Menschen auf dem stacheldrahtumwobenen Militärgelände, teilweise über Jahre hinweg, festsaßen.

„Meine Frau ist hochschwanger, können wir bei der Geburt ins Krankenhaus?“, „Wann macht die Asylbehörde wieder auf? Wo kann meine Mutter jetzt ihre Dialyse erhalten?“ „Es gab nicht genug Essen, wo kann ich einkaufen?“, fragen zunehmend verzweifelte Stimmen. Und Maryam Janikushk meint: „Es gibt so viel unnötiges Leid, das man verhindern könnte. Im Krankenhaus würden die Menschen nicht mehr behandelt. Die Kinder könnten nicht in die Schule gehen. Ältere Menschen mit Bewegungsschwierigkeiten würden tagelang kein Essen bekommen, da sie an den Gitterstäben der Essenausgabe schwere Verletzungen erlitten. Frauen müssten ihre Kin-

der im Zelt auf die Welt bringen. „Das muss man doch nach fünf Jahren regeln können?“ Doch so richtig will das keiner regeln. Vor der Pandemie nicht, und jetzt erst recht nicht. Über die Frage der Verteilung von Flüchtenden auf die Mitgliedsstaaten sind die zuständigen Innenminister der einzelnen Länder zerstritten. Polen, Tschechien, die Slowakei und Ungarn, sowie Österreich

blockieren jegliche Lösung. Deutschland, Frankreich und Luxemburg warten darauf, bis jemand den ersten Stein wirft. Und die Menschen bleiben am Saum von Europa in schwer traumatisierenden Lebensbedingungen stecken. Deutschland erklärte sich nach langem Ringen zusammen mit anderen Europäischen Staaten, wie Luxemburg dazu bereit, 1.000 bis 1.500 kranke und psy-

Deutschland erklärt nach langem Ringen, kranke und psychisch belastete Kinder aufzunehmen.





„Wir sehen kaum mehr jemanden, der bei den Leuten klopft, um nachzusehen, wie es ihnen geht.“ Mohammad Akasis

chisch belastete Flüchtlingskinder aus den überfüllten Lagern in Griechenland aufnehmen. Mitte April schafften es nur 47 Kinder und Jugendliche nach Deutschland. Sie alle standen laut „Ärzte ohne Grenzen“ nicht auf der Liste der Organisation, deren MitarbeiterInnen Namen und Daten von mehr als 150 Kindern gesammelt hatten, die wegen schwerer Erkrankungen dringend evakuiert werden mussten. Österreich schickt 180 Container auf die Inseln. Die Schweiz diskutiert weiter über die Aufnahme. Auch europaweite Petitionen, Volksbegehren und Demonstrationen beschleunigen die Aufnahme nicht. „Ich bin seit drei Jahren auf der Insel. Damals haben wir wegen der schwierigen Situation, in der 4.000 Menschen leben, Alarm geschlagen. Jetzt sind wir bei 19.000 Menschen und die Umstände haben sich seither mit jeder Woche verschlechtert,“ sagt Liza Papadimitriou, Advocacy-Managerin bei Ärzten ohne Grenzen. „Die Pandemie darf nicht dazu genutzt werden, um Menschen weiter einzusperren und ungerührt auf die Kriminalisierung von Flucht sowie auf Abschreckung zu setzen.“

Camp ist abgeriegelt

Wir sehen kaum mehr jemanden, der bei den Leuten klopft, um nachzusehen, wie es ihnen geht“, sagt Mohammad Akasis (*Name geändert, Anmerkung*) am Telefon. Der 38-Jährige lebt schon seit über einem Jahr in einer selbstgebauten Holzbaracke im oberen Teil der Olivenhaine. „Wir haben nicht einmal die Möglichkeit, Seife und Desinfektionsmittel zu kaufen,“ sagt

„Die Pandemie darf nicht dazu genutzt werden, um Menschen weiter einzusperren.“
Liza Papadimitriou

er, „und aus den Leitungen kommt nur alle paar Stunden Wasser.“ Dabei ist es unmöglich, die Hygienestandards während der Pandemie einzuhalten; oder auch Menschen zu evakuieren oder zumindest die Ansteckungsgefahr im Falle eines Ausbruchs zu verringern. Dass es bisher noch zu keinem offiziellen Fall im Lager kam, grenzt an ein Wunder. Nach Moria kommt auch Maryam Janikhushk kaum mehr. Das Camp ist seit Mitte März weitgehend abgerie-

gelt. Für Mitte Mai hatte man wieder eine schrittweise Öffnung geplant. „Die Sozialarbeiter sind gar nicht auf das vorbereitet, was dann auf sie zukommt“, sagt sie, „die Menschen wurden in dieser Isolierung, in der sie kaum Informationen bekommen abermals traumatisiert. Sie fühlen sich alleine gelassen, kämpfen jeden Tag ums Überleben.“ Immer wieder erzählt Janikhushk von einer 19-jährigen Frau, die am obersten Olivenhainrand von Moria lebt. Schon seit Monaten wartet sie auf eine neue Bein-Prothese. „Mit ihrem kaputten Bein braucht sie eine Stunde zur Toilette und zurück. Dabei wäre es doch ein einfacher Schritt, Menschen mit Behinderung nahe an der Essensausgabe oder Toilette unterzubringen“, sagt sie. „Der Weg ist uns abgeschnitten. Vorne und hinten. Es geht immer im Kreis, wie auf dieser Insel.“

Franziska Grillmeier ist freie Journalistin und lebt seit Sommer 2018 auf Lesbos. Dort verfolgt sie vor allem die Lebenslinien einzelner Menschen und analysiert die politischen Hintergründe zur andauernden Krise.

RÜCKKEHRZENTREN

Im Quarantäne-Gefängnis

Während Wiens FPÖ-Chef Dominik Nepp über eine Bevorzugung von Asylsuchenden in der Corona-Krise fantasiert, spitzt sich die Lage in den Unterkünften für geflüchtete Menschen zu. Ein Bericht.

TEXT: HANNAH KENTOUCHE, MARLENE RADL

Hamid steht vor der Erstaufnahmestelle für Geflüchtete in Traiskirchen. „Es ist das schlimme Gefühl, nicht frei zu sein. Wir sind zwar nicht in Zellen und wir haben keine Handschellen, aber wir werden weggesperrt“, beschreibt er die Situation vor Ort seit Beginn der Corona-Pandemie. Rund 140 km westlich davon ist Rasul mit seiner Frau und drei Kindern im Rückkehrzentrum Bad Kreuzen in Oberösterreich untergebracht. Er sagt: „Es gibt zu wenig Platz, um uns vor dem Virus zu schützen. Wie sollen wir hier Abstand halten?“ Im Rückkehrzentrum Fieberbrunn steigt indes die psychische Not der BewohnerInnen. „Die Meldungen in den Nachrichten zu Corona verunsichern uns. Wir sind isoliert, wir haben keine Hoffnung mehr“, berichtet Salim (Name geändert, Anm.).

Kritik an Rückkehrzentren

Die Menschen in Traiskirchen und den drei „Rückkehrberatungseinrichtungen“ des Bundes in Fieberbrunn, Schwechat und Bad Kreuzen, erleben seit Beginn der Corona Krise drastische Maßnahmen der Isolation. In den drei Zentren sind Menschen untergebracht, deren Asylanträge in Österreich abgelehnt wurden, die aber nicht in ihr Heimatland abschiebbar sind. Sie sollen in den Rückkehrzentren einer „freiwilligen Ausreise“ zustimmen.



Traiskirchen, die BewohnerInnen stehen an der Essensausgabe an.

„Wir können nicht freiwillig zurückgehen, das ist unmöglich. Wir sind dort nicht sicher,“ erklärt Rasul. Seit fast 3 Jahren sitzt er mit seiner Familie in österreichischen Rückkehrzentren fest. Dass Geflüchtete in den „Rückkehrzentren“ menschenunwürdig ausharren müssen, darunter auch Kinder, Kranke und Ältere, kritisieren MenschenrechtlerInnen seit deren Eröffnung. Im Zentrum Fieberbrunn gingen die BewohnerInnen im Sommer 2019 in einen Hungerstreik. Sie protestierten für eine bessere Anbindung ihrer Unterkunft, für Schulbildung für die Kinder und für die Möglichkeit, einer sinnvollen Beschäftigung nachzugehen. Auch die Prüfung ihrer abgelehnten Asylverfahren forderten sie ein. Es folgten mehrere Wochen des Hungerstreiks, begleitet von vielen solidarischen Aktionen der Zivilbevölkerung und großem medialen Interesse. Am Ende wurden die Hungernden in eine Klinik eingeliefert. Nur wenige der Protestierenden konnten tatsächlich in einer anderen Asyleinrichtung unterkommen. Das Zentrum in Fieberbrunn besteht bis heute.

Menschenrechtliche Prüfung

Auf zivilgesellschaftlichen Druck und nach einer parlamentarischen Anfrage prüften im Juli 2019 das UN-Hochkommissariat (UNHCR) und die Abteilung III/10 (Grund- und menschenrechtliche Angelegenheiten) des Innenministeriums die Rückkehrzentren. Die Ergebnisse bestätigten menschenrechtliche Missstände. 15 Empfehlungen zur Verbesserung der Situation ergingen an die Zentren. Sie sollten die Dauer der Unterbringung evaluieren, die vorherrschende soziale Isolation reduzieren und die psychologische Unterstützung für die BewohnerInnen ausbauen. Eine ausdrückliche Empfehlung war es, Kinder und Familien nicht weiter in Schwechat oder Fieberbrunn einzuquartieren. Als Reakti-



Traiskirchen: Unzureichender Schutz vor dem Covid-19-Virus?

on darauf wurde die Einrichtung in Bad Kreuzen eröffnet. Und wie sieht Rasul das? „Es ist hier in Bad Kreuzen nicht besser. Ausser dass mein Sohn zur Schule gehen kann.“ Soziale Isolation, fehlende psychosoziale Betreuung und unverhältnismäßig lange Aufenthalte sind weiterhin ein Problem. Das bestätigt auch Salim. Obwohl man

„In der Nacht weinen und schreien die Menschen und haben Angst. Dieser Ort ist traumatisierend.“ Salim

Transporte ins Ortszentrum von Fieberbrunn organisierte, wähnt er sich in einem „Gefängnis in den Bergen. In der Nacht weinen und schreien die Menschen und haben Angst. Dieser Ort ist traumatisierend. Daran hat sich nichts geändert.“

Ausgangssperre als Corona-Maßnahme

Mit der Corona-Krise spitzte sich die Situation in den Rückkehrzentren zu. Mitte März wurden die 120 BewohnerInnen des Zentrums Schwechat nach Traiskirchen gebracht. Hamid war ei-

ner von ihnen, er kritisiert die Verlegung. Seine Vermutung: „Die Regierung hat entschieden, noch mehr Personen gemeinsam unterzubringen, um uns besser kontrollieren zu können.“ Er beschreibt, dass fünf Polizeiwagen ständig um das Gebäude in Traiskirchen patrouillieren würden, was bei den BewohnerInnen großen Stress auslöst. „Es sieht so aus, als ob die Regierung die österreichischen Bürger vor uns schützen will und nicht, wie behauptet, uns alle vor dem tödlichen Virus.“ Laut Hamid erhielten Menschen aus Risikogruppen keinen besonderen Schutz vor dem Covid-19-Virus. Zur Vorbeugung hängte man lediglich einige Infos mit neuen Verhaltensregeln auf. Erklärt oder besprochen wurde nichts, so Hamid. Gerade vor dem Hintergrund der Verlegung nach Traiskirchen klingt das problematisch. In der ersten Phase der Corona-Pandemie waren 611 Menschen (Normalkapazitätsgrenze: 480 Plätze) im Flüchtlingslager untergebracht. Dass die Behörden die Hygienemaßnahmen nicht ausreichend gewährleisteten, ist für Hamid offensichtlich. So teilten sich bis zu acht Personen einen Schlafrum und rund 40



Rückkehrzentrum Bad Kreuzen: Soziale Isolation und fehlende psychosoziale Betreuung ist eines der Probleme der Menschen, die auch in anderen Rückkehrzentren bestehen.

Personen die Sanitäranlagen. Mindestabstand im Speisesaal? Fehlanzeige.

Als es zum ersten bestätigten Corona-Fall im Zentrum kam, stellte die Bezirkshauptmannschaft Baden am 24. März das gesamte Erstaufnahmezentrum unter Quarantäne. Obwohl die neun bestätigten Corona-positiven Fälle plus deren Kontaktpersonen in einem eigenen Gebäude isoliert wurden, erließ man für alle BewohnerInnen eine rigorose Ausgangssperre. Fünf Wochen lang durfte niemand das Areal verlassen. „Wir konnten weder kurz spazieren noch einkaufen gehen. Wir wurden eingesperrt, es ist ein Quarantäne-Gefängnis“, erzählt Hamid. Damit galten für die Personen im Erstaufnahmezentrum wesentlich strengere Regeln als für das restliche Österreich. Die rechtliche Grundlage für diese Ausgangssperre ist umstritten. Die Corona-Verordnung sieht prinzipiell kein Verbot vor, Grundstücke zu verlassen. Zwei Asylsuchende, die am Verlassen des Zentrums gehindert wurden, brachten deshalb eine Maßnahmenbeschwerde gegen die Polizei ein.

Kritik übte auch die Menschenrechtssprecherin der NEOS Stephanie Krisper, die in Bezug auf die Quarantäne in

Traiskirchen twitterte: „Großquartiere sind in Corona-Zeiten eine offensichtliche Gefahr. Längst waren sie aufzulösen“. Sie brachte im April einen Entschließungsantrag zur Aufteilung der Asylsuchenden auf mehrere Standorte ein, um einer weiteren Ausbreitung des Virus in den Quartieren vorzubeugen. Der Antrag wurde von ÖVP, Grüne und FPÖ gemeinsam vertagt.

„Wir konnten weder kurz spazieren noch einkaufen gehen. Wir wurden eingesperrt.“
Hamid

Familien ohne Perspektive

In den Rückkehrzentren Bad Kreuzen und Fieberbrunn verhängte man zwar keine Ausgangssperre, aber auch hier wurden kaum Vorkehrungen für den Schutz der Geflüchteten getroffen. Masken oder Handschuhe standen keine zur Verfügung. Die BewohnerInnen mussten während eines kurzen Zeitfensters gemeinsam im Speisesaal essen, der Mindestabstand konnte dabei nicht eingehalten werden.

Es sei eine unzumutbare Situation, speziell für Familien, berichtet Rasul: „Wir machen uns Sorgen. Das hier

ist kein Ort für kleine Kinder, er ist trostlos und traurig. Aber wir sind gezwungen, einfach hier zu warten, wir dürfen nichts tun.“ Im Zentrum sind aktuell 150 Personen untergebracht, davon über 50 Kinder. Die fünfköpfige Familie von Rasul ist in einem 24m² kleinen Zimmer untergebracht. Einen Aufenthaltsraum und Spielsachen gibt es nicht. Die Kinderbetreuungsstätte ist geschlossen, die Schaukel im Garten abmontiert. Deutschkurse werden den BewohnerInnen nicht ermöglicht. Rasul kritisiert, dass die Kinder aus dem Zentrum getrennt von den österreichischen Kindern in einer eigenen Klasse unterrichtet werden. „Egal ob sie Deutsch können, egal wie alt sie sind.“

Rückkehrzentren schließen

Rasul hofft dennoch, dass die Politik durch die Corona-Krise aufwacht: „Der Umgang mit geflüchteten Menschen in Österreich muss anders werden. Unsere Situation ist eine politische Entscheidung.“ Das sehen auch viele zivilgesellschaftliche AkteurInnen so, die für eine Schließung der Zentren eintreten. Da Rückkehrzentren und Massenunterkünfte die psychische und physische Gesundheit von Asylsuchenden gefährden, fordert etwa die Initiative „Rückkehrzentren schließen“ die Unterbringung von Geflüchteten in Privatwohnungen – insbesondere, wenn derart viel Raum durch nicht verwendete Beherbergungsbetriebe momentan leer steht. Die Zentren seien zu eng, zu schlecht betreut und teils zu isoliert. All das verlangt nach einem generellen Ende der Lagerpolitik, denn, wie Hamid betont: „Wir halten es hier nicht mehr lange aus.“

Hannah Kentouche forscht zum Migrations- und Grenzregime und engagiert sich bei antirassistischen Initiativen.

Marlene Radl ist Politikwissenschaftlerin und arbeitet derzeit im Koordinationsbüro von SOS Mitmensch.

POPULÄRKULTUR

Neues aus der Parallelgesellschaft

Österreichische Muslime werden oft als religiöse Fanatiker oder als Parallelgesellschaftler portraitiert, den Durchschnitt sucht man vergeblich. Ein persönlicher und humorvoller Blick auf den Alltag einer wienerisch-muslimischen Suderantin.

TEXT: NOUR EL-HOUDA KHELIFI

Egal wo man in Europa jetzt einkauft, spaziert oder einfach dem Alltag nachgeht – überall sind vermummte Menschen zu sehen. Ein Meer an Anonymen, nur Augen die erkennbar sind. Frauen, Männer, Kinder, alle sind sie verhüllt. Was nach einem Albtraum á la „Abendland in Islamistenhand“ eines jeden FPÖVPLers klingt, ist in Wahrheit das Corona-Virus, welches die ganze Welt lahmgelegt hat. Als die ersten Warnungen und Restriktionen ausgesprochen wurden, rannte man in schierer Panik in die Supermärkte, um sich mit Klopapier einzudecken. Währenddessen sitzen wir Musliminnen und Muslime mit Popcorn da und denken uns, dass man für diese Art von Hygiene nicht zwingend Klopapier braucht, Wasser tut's auch. Abgesehen davon sollte Klopapier die letzte Sorge sein während einer Pandemie. Aber zurück zum Thema. Wir befinden uns nahezu alle seit März in Quarantäne. Nach kurzer Zeit kann man getrost sagen, dass sich die Mehrheit an die verhüllten Gesichter gewöhnt hat, ja sogar auszuckt, wenn jemand das Gesicht nicht hinter einer Maske versteckt. Und währenddessen sitze ich da und beobachte alle ganz

amüsiert, wie sehr die Gesichtsverhüllung angepriesen wird, allen voran auch von Sebastian Kurz. Derjenige, der 2017 das Antigefächungsverbot vorgestellt und eingeführt hat. Die Corona-Pandemie zeigt uns eigentlich, dass es nicht per se um die Gesichtsverhüllung geht, sondern wer sie praktizieren darf und wer nicht. Was vorher als befremdlich, radikal, nicht westlich, nicht europäisch, nicht kommunikationsfördernd, nicht aufklärerisch und frauenfeindlich deklariert wurde, ist jetzt Pflicht und gesellschaftlich sowie politisch akzeptiert und anerkannt.

Undercover Hijabi

Seitdem wir alle Gesichtsmasken tragen, dürfen wir normal in die Öffis steigen, werden dennoch weiterhin in Geschäften begrüßt und bedient und kommunizieren weiterhin problemlos. Also dachte ich mir, Zeit für ein soziales Experiment. Ein bisschen muslimig war mir schon, weil das jahrelange Niqab-bashing als Kopftuchträgerin nicht spurlos an einem vorbeizieht. Die Sorge war schon da, dass ich vielleicht verbal oder im schlimmsten Fall körperlich angegriffen werden könnte. Dennoch wollte ich unbedingt her-



Illustration: Petja Dimitrova

ausfinden, was jetzt Sache ist. Ich hatte an meinem Social-Experiment-Tag keine Maske bei mir, also habe ich einfach mein Kopftuch genutzt, um meine Nasen-Mund-Partie damit zu verdecken. Und mit dieser Montur bin ich dann in die Schnellbahn und die U-Bahn eingestiegen und habe alles und jeden beobachtet. Keine Blicke in meine Richtung, keine Kommentare. Als ob ich unsichtbar wäre. Ein Gefühl, das ich nie hatte in der Öffentlichkeit, seitdem ich mich entschlossen habe, das Kopftuch zu tragen. Die Menschen, die ohne Gesichtsmaske eingestiegen sind, haben hingegen missbilligende Blicke abbekommen. Ich fühlte mich einfach frei, ich fühlte mich unbeobachtet, ich fühlte mich in der Menge untergetaucht. Und ich hatte obendrein ein schönes Kopftuch an dem Tag an, also hatte ich auch eine schöne Gesichtsverhüllung. Insbesondere wenn ich vergleiche, was sich andere teilweise vor das Gesicht halten. Schlafmasken habe ich gesehen und freudlos gebundene T-Shirts, die durchlöchert sind und gerade noch mit Ach und Krach den Mund bedecken, aber nicht die Nase. Wie ein Fashion Victim, das gleichzeitig eine gesundheitliche Gefahr für die Öffentlichkeit darstellt.

POPULÄR GESEHEN

Leben und Tod

Politik ist eine Frage von Leben und Tod. Aber wer bestimmt darüber?

EINE KOLUMNE VON MARTIN SCHENK
Illustration: Petja Dimitrova

Die jährliche Unterstützung wurde um 100 Euro erhöht, mit der jede Familie Schulsachen für die Kinder kaufen kann. „Wir fahren ans Meer“, hat Vater gerufen. Seine Freude war so groß, dass er zur Feier mit der ganzen Familie an die See gefahren ist. Der 30-jährige Schriftsteller Edouard Louis erzählt aus seiner Kindheit in Frankreich. Sein Vater ist Arbeiter mit kleinem Einkommen, die Familie kommt gerade so durch. „Bei denen, die alles haben, habe ich nie gesehen, dass eine Familie ans Meer fährt, um eine politische Entscheidung zu feiern“, schreibt Louis. „Die Herrschenden mögen sich über eine Linksregierung beklagen, sie mögen sich über eine Rechtsregierung beklagen, aber keine Regierung bereitet ihnen jemals Verdauungsprobleme, keine Regierung ruiniert ihnen jemals den Rücken, keine Regierung treibt sie jemals dazu, ans Meer zu fahren.“ Louis resümiert: „Für die Herrschenden ist die Politik weitgehend eine ästhetische Frage: eine Art, sich zu denken, sich zu erschaffen, eine Weltsicht. Für uns ist sie eine Frage von Leben und Tod.“ Der Vater ist mittlerweile nach einem harten Ar-



Martin Schenk ist Sozialexperte der Diakonie Österreich.

beitsleben in der Fabrik und Phasen der Arbeitslosigkeit schwer krank. In Österreich liegen 10 Jahre Lebenserwartung zwischen arm und reich. Soziale Ungleichheit geht unter die Haut. Politik ist eben eine Frage von Leben und Tod. Aber wer bestimmt darüber? Das ärmste Drittel der Bevölkerung in Österreich geht zu 41 Prozent nicht wählen, beim reichsten Drittel sind es bloß 17 Prozent. Beim untersten Drittel kommen noch alle dazu, die gar nicht wählen dürfen, hier aber ihren Lebensmittelpunkt haben, hier geboren sind, hier arbeiten. Auch der Großteil dieser Menschen befindet sich im untersten Drittel der Bevölkerung, sie sind beschäftigt am Bau, in der Reinigung oder im Handel. Im Parlament sind also die Interessen des oberen und mittleren Drittels vertreten, die des untersten Drittels nicht. Die Gesetze werden deshalb auch für das oberste und bestenfalls für das mittlere Drittel gemacht, das untere Drittel wird übersehen. Dabei geht es für dieses um Leben und Tod. Die Mehrzahl der Menschen im ökonomisch schwächsten Drittel hat den Eindruck, ihre Stimme zählt nicht. Kein Wunder. Ein Teufelskreis.

POLIZEIKOLUMNE

Die tapferen Krieger der Wiener Polizei

Am 1. Mai machte die Wiener Demo-Polizei ihrem Namenspatron alle Ehre.

PHILIPP SONDEREGGER
BEOBACHTET DIE EXEKUTIVE.
Illustration: Petja Dimitrova

Ulan bedeutet „tapferer Krieger“ und Ulan ist auch der offizielle Rufname der Einsatzeinheit der Wiener Polizei. Einsatzeinheiten sind so etwas wie die Demo- und Fußballpolizei. Ihre Angehörigen versehen gewöhnlich Dienst auf Polizeiinspektionen. Sie üben mehrmals jährlich und werden zusammen gezogen, wenn das eine oder andere Gerangel erwartet wird, aber die kostspielig trainierte WEGA unterfordert wäre. So auch am 1. Mai, als es zu den geschilderten Szenen kam. Ulanen verfolgten eine Rad-Demo am 1. Mai auf der Hauptallee. Aus dem noch rollenden Bus platzierte ein Polizist laut Augenzeuginnen einen Stoß gegen den Oberschenkel eines Radlers. Der kam zu Sturz. Eine Aufforderung über den Lautsprecher, anzuhalten, erfolgte nicht. Auf einem Video ist zu sehen, wie ein Ulane den Gestürzten beschimpft und tritt. Die Rad-Demo war ein schwieriger Einsatz. Niemand der TeilnehmerInnen war willens und in der Lage, die Route mit der Exekutive zu koordinieren. Das ist noch kein Auflösungsgrund, ebenso wenig kleinere Verstöße gegen die StVO. Die Polizei war also zunächst gesetzlich ver-

CLARTEXT



Philipp Sonderegger ist Menschenrechtler, lebt in Wien und bloggt auf phsblog.at.

pflichtet, die Rad-Demo abzuwickeln und den Seitenverkehr abzuriegeln. An sich hat die Wiener Polizei ausreichend Erfahrung für die Sicherung spontaner Märsche. Videos vom 1. Mai zeigen aber eine Überforderung, was die Geschwindigkeit der RadlerInnen betrifft. Mehrfach kam es zu gefährlichen Situationen, als die Motorradpolizei versuchte, RadfahrerInnen knapp zu überholen, umzuleiten oder anzuhalten. Ein Motorrad fiel um, die Situation heizte sich auf.

Aus der Logik der Durchsetzungsfähigkeit hat die Polizei die Oberhand behalten. Doch die Kultur der Tapferkeit führt in die Sackgasse. Niemand kann wollen, dass sich eine Dirty-Harry-Haltung in den Einsatzeinheiten verfestigt und PolizistInnen selbst für „Gerechtigkeit“ sorgen, weil sie Verhältnismäßigkeit als Machtlosigkeit erleben. Vielleicht sollte die Polizeiführung weniger aufrüsten und sich mehr um das Vertrauen sozialer Bewegungen und eine gute Gesprächsbasis bemühen. Das Regierungsprogramm sieht das vor. Eine Umbenennung der Einsatzeinheiten würde dem bestimmt auch nicht im Wege stehen.

Ein Virus offenbart unsere Schwachstelle

Die Coronavirus-Krise hat gezeigt, dass wir dringend mehr ethnische Vielfalt in den österreichischen Redaktionen brauchen.

CLARA AKINYOYOYE SAGT ES NICHT DURCH DIE BLUME. EINE KOLUMNE ÜBER DIVERSITÄT UND MIGRATION. Illustration: Petja Dimitrova



Clara Akinyosoye ist Journalistin bei orf.at und Ex-Chefredakteurin von M-Media.

Eines vorweg: JournalistInnen haben in der Coronavirus-Krise unter schwierigen Bedingungen Großartiges geleistet. Die Krise offenbarte aber auch Schwachstellen in der Medienbranche. In Österreich hat rund ein Viertel der 8,8 Mio. Menschen einen Migrationshintergrund. Rund 1,4 Mio. haben eine nicht-österreichische Staatsbürgerschaft, 2018 wanderten etwa 146.900 Menschen ein. Rund 1,1 Mio. SchülerInnen haben eine andere Umgangssprache als Deutsch. Wenngleich diese Fakten nichts darüber aussagen, wie gut oder schlecht jemand Deutsch spricht, zeigen sie doch eines: Österreich ist ein Einwanderungsland, ein Land mit ethnischer und sprachlicher Vielfalt. Es braucht in den Redaktionen dieses Landes mehr Menschen, die diese Vielfalt widerspiegeln.

Infos über die Coronavirus-Maßnahmen gab es in traditionellen Medien anfänglich nur oder fast nur in deutscher Sprache. Mit der Zeit beserte sich das. Einige Medien boten im Laufe der Krise auch Infos in den Sprachen der migrantischen Communities an. Federführend beteiligt waren oftmals RedakteurIn-

nen mit Migrationshintergrund, die schnell bemerkten, dass in der Berichterstattung auf einen Teil der Bevölkerung vergessen worden war. Wenngleich letztlich einige gute Initiativen gesetzt wurden, hat sich gezeigt: Das Verständnis, dass Medien eine sprachlich und ethnisch vielfältige Bevölkerung informieren müssen, ist nicht allgegenwärtig.

Der freie Journalist Michael Bonvalot deckte auf, dass der quasi staatliche Österreichische Integrationsfonds in seinen mehrsprachigen Infos für MigrantInnen vermittelte, auch Spaziergänge und Sport im Freien seien verboten. Medien berichteten lapidar, der ÖIF informiere MigrantInnen „unvollständig“. In Wirklichkeit wurde einem Teil der Bevölkerung der Eindruck vermittelt, Luftschnappen stehe unter Strafe. Ich habe aber JournalistInnen vermisst, die im Rahmen ihrer Interviews über die Einschränkung unserer Grundrechte bei PolitikerInnen nachfragten.

Eine Blamage, eigentlich. Mit mehr Sinn für die Einwanderungsgesellschaft und ethnisch diversen Redaktionsteams wäre das wohl anders gelaufen.

POPULÄRKULTUR

BUCH



Die Frau ohne Grab

„Als ich erfuhr, dass meine Großtante Pauline von den kommunistischen Partisanen 1945 festgenommen und in ein Konzentrationslager im Schloss Hrastovec un-

weit von Maribor gebracht wurde, wo sie elend zugrunde ging, war das beinahe ein Schock für mich.“ Der Historiker Martin Pollack, der sich bereits im Buch „Der Tote im Bunker“ mit seiner Familiengeschichte auseinandergesetzt hat, glaubte, dass diese Tante friedlich entschlafen sei und im Familiengrab beigesetzt wurde, das heute nicht mehr existiert. Sie war eine gewöhnliche, vielleicht eine wenig verschrobene Frau, die jedoch nicht den radikalen Deutschnationalismus, Antislawismus und Antisemitismus ihrer Brüder teilte. Da ihm seine Verwandten wenig

von ihr erzählt hatten, machte sich Pollack auf akribische Suche und fand alte Schwarz-Weiß-Fotografien, kurze Notizen und die wenigen noch lebenden Zeitgenossen. So wie oft bei einfachen Menschen und ihrem Leben, über das weder Medien noch Angehörige oder FreundInnen Dokumente hinterlassen haben, droht das Vergessen. Wegen mangelnder Belege bleibt viel Raum für Vermutungen und wenig ist sicher. Pollack kann nur schemenhaft die Geschichte einer Frau erzählen, die auch selbst kaum Spuren hinterlassen hat. Dennoch richtet Pollack mit die-

sem Buch den Fokus auf die Vorgänge im heutigen Slowenien vor und während des Nationalsozialismus und schließt damit Wissenslücken sicher von vielen LeserInnen. (Eva Bachinger)

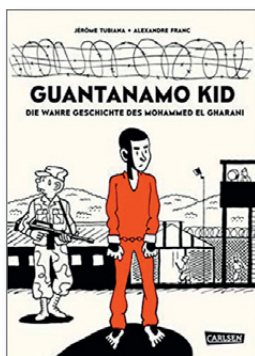
Martin Pollack

**Die Frau ohne Grab:
Bericht über meine Tante**

Zsolnay Verlag, 2019

184 Seiten, 22 Euro

BUCH



Guantanamo Kid

Ein Spoiler vorweg: ein klassisches Happy End hat diese Graphic Novel nicht. Das hat aber auch damit zu tun, dass sie auf einer wahren Begebenheiten basiert. Moham-

med El Gharani, ein in Medina, Saudi Arabien, geborener und lebender tschadischer Staatsbürger, ist nur 14 Jahre alt, als er seine Heimatstadt verlässt. Er will in Pakistan Englisch und Informatik lernen. Wenige Wochen nach seiner Ankunft verhaftet ihn die Polizei als vermeintlichen Terroristen, er landet im berühmten Gefangenenlager Guantanamo. Grund dafür ist eine Namensgleichheit mit einem anderen mutmaßlichen Terroristen. Soweit Kapitel 1. Danach folgt eine Coming-of-Age-Geschichte, wie man sie noch nicht gesehen hat. Es geht um El Gharanis

Versuch, seine Unschuld zu beweisen und im Kern darum, seine Würde zu bewahren. Das Buch erzählt von Folter, Erniedrigung und Rassismus. Um die schwere Kost verdaulich zu machen (und dem Medium treu zu bleiben), sind herzerwärmende Anekdoten (eine Freundschaft zwischen El Gharani und einem Gefängniswärter) und humorvolle Szenen eingeflochten. Dennoch ist das schwere Lektüre. Ein derartiges Systemversagen publik zu machen ist mutig, umso wichtiger ist es, darüber zu lesen. Nach etlichen Jahren wird der Mann aus Guanta-

namo entlassen. Abgeschoben nach Tschad, wo er niemanden kennt, die Sprache nicht spricht, keine Arbeit und legale Dokumente besitzt. Wie gesagt, kein Happy End. (Muhammed Beganovic)

Jérôme Tubiana, Alexandre Franc

**Guantanamo Kid –
Die wahre Geschichte des
Mohammed el Gharani**

Carlsen Verlag, 2019

176 Seiten, 20 Euro

POPULÄRKULTUR

BUCH



Alles für Allah

Der Untertitel des Buches, wie der politische Islam unsere Gesellschaft verändert, macht neugierig. Vor dem Hintergrund von Diskussionen wie jener über den „Bevölkerungsaustausch“ oder

Medienberichten, wonach z.B. Kinder in der Schulkantine aus Rücksicht auf Muslime keine Schnitzsemmel mehr bekommen, muss man mit dem Schlimmsten rechnen. Im Buch wird die angekündigte gesellschaftliche Veränderung aber gar nicht thematisiert. Untersucht werden in „Alles für Allah“ islamistische Bewegungen in Europa, etwa Milli Görüs oder die Muslimbruderschaft, die ihren Einfluss in muslimischen Communities zu vergrößern suchen. Oft hat man dabei aber den Eindruck, dass die Untersuchungen des Buches im Ansatz stecken blei-

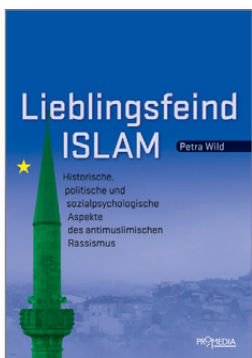
ben. Die vielfach diskutierte Frage, „Hat der Terror mit dem Islam zu tun?“, wie ein Unterkapitel heisst, wird auf zwei dürren Seiten abgehandelt. Was an Eindruck bleibt, ist oft der Eindruck des Junktims Islam und Gewalt, wobei es im Buch aber immer um islamistische Kräfte geht. Oft irritieren Aussagen, bei denen man eine argumentative Begründung vermisst, wenn es etwa wie an dieser Stelle heisst: „Es ist illusorisch, anzunehmen, die Neuankömmlinge würden der Strahlkraft von Freiheit und Selbstbestimmung erliegen, wenn sie ihnen nur gut genug erklärt

würde. Das ist eine sträfliche Unterschätzung der Macht von Ideologien.“ So liest sich das Buch als Sammlung emotional besetzter Themen rund um Topoi wie das Kopftuch, Parallelgesellschaften und ähnlich aufgeladene Begriffe. Anstatt sie zu dekonstruieren und die Thematik zu versachlichen, werden sie wie Kampfbegriffe eingesetzt. Das erfüllt die Erwartungen an dieses Buch nicht. (gun)

Nina Scholz, Heiko Heinisch

Alles für Allah. Wie der politische Islam unsere Gesellschaft verändert
Molden Verlag, 2019
176 Seiten, 20 Euro

BUCH



Lieblingsfeind Islam

Ein Buch über den Islam, das mit einem Gramsci-Zitat beginnt, klingt interessant. Insbesondere, als es hier um das Bild einer Religion gehen soll, wie es sich

im Mainstream geformt hat. Die Autorin schreibt dazu in ihrer Einleitung: „So grotesk ist das, was hierzulande von links bis rechts unter dem Etikett „der Islam“ gehandelt wird, dass man gar nicht weiß, wo man anfangen, wie man es anpacken soll.“ In den vergangenen 20 Jahren hat sich dieses Bild in zahllosen emotional geführten medialen Debatten oftmals zwischen Un- und Halbwissen zusammengesetzt. In diesem Buch soll es nun um die Hintergründe gehen. Petra Wild analysiert die Rhetoriken politischer linker und rechter Gruppierungen wie

Pegida und den Antideutschen, sieht sich an, wie bestimmte Themen wie das der „Frauen“ instrumentalisiert werden und forscht nach, welchen Beitrag etwa Politik und Kulturindustrie daran haben. Dabei versucht sie, theoretische Ansätze u.a. von Balibar, Memmi oder Stuart Hall für ihre Betrachtungen produktiv zu machen. Klingt nicht leicht zu lesen, ist aber sehr verständlich. Einiges davon kommt einem bekannt vor, anderes zeigt selten hergestellte Zusammenhänge auf, etwa jene, wie die Neoliberalisierung unserer Gesellschaft auch der Ausgrenzung

und Ethnifizierung sozialer Gruppierungen Vorschub leistet. Oder welche unheilvolle Rolle Sozialdarwinismus und wachsende soziale Ungleichheit in diesem Zusammenhang spielen. Die Kulturalisierung von Konflikten (Huntington!) spielt dabei eine wesentliche Rolle. Lesenswert.

Petra Wild

Lieblingsfeind Islam. Historische, politische und sozialpsychologische Aspekte des antimuslimischen Rassismus
Promedia Verlag, 2018
272 Seiten, 19,90 Euro

**„Menschenrechte gehen
uns alle an. Mir ist die
unabhängige Aufbereitung
von Menschenrechtsthemen
im MO-Magazin von SOS
Mitmensch 86 Euro im
Jahr wert. Ihnen auch?“**

Cornelius Obonya



ABO-BESTELLUNG

MO-Soliabo – 4x jährlich MO lesen um 86 Euro

ZAHLUNGSART

Einziehungsermächtigung (Einzug 1x jährlich)

IBAN

BIC

Vorname, Name

E-Mail

Zahlschein

LIEFERADRESSE

Vorname, Name

Adresse

PLZ | Stadt

E-Mail

E-Mail abo@momagazin.at

Fax 01/524 99 00-9

Post SOS Mitmensch, Zollergasse 15/2, A-1070 Wien



**MO – Die Menschenrechte
im Auge behalten!**

FLUCHT

Porträtreihe: „Meine Zukunft in Österreich“

SOS Mitmensch gibt in der Porträtreihe „Meine Zukunft in Österreich“ Schülerinnen, die nach Österreich flüchten mussten, eine Stimme und ein Gesicht. Die Geschichten vermitteln einen Einblick, mit welchen Hürden und Vorurteilen Mädchen zu tun haben, die in einem neuen Land ankommen. Zudem werfen die Erzählungen Schlaglichter auf den persönlichen Aufbruch in Richtung Selbstständig-

keit und Selbstverwirklichung. Damit rückt SOS Mitmensch die Erfahrungen von jungen, geflüchteten Frauen in den Fokus: Ihre Geschichten verraten, welche Probleme sie beschäftigen und was ihnen beim Ankommen geholfen hat.

Veröffentlicht werden die Porträts ab Juli auf der Website und den Social-Media-Kanälen von SOS Mitmensch: www.sosmitmensch.at



Im Fokus: Erfahrungen junger geflüchteter Frauen.

INTEGRATION

ExpertInnen-Bericht: Noch keine integrationspolitische Wende

SOS Mitmensch hat gemeinsam mit 28 ExpertInnen einen Bericht zur aktuellen österreichischen Integrationspolitik erstellt. Untersucht wurden die aktuellen Ankündigungen der türkis-grünen Bundesregierung, gravierende integrationspolitische Lücken und die politischen Nachwirkungen der türkis-blauen Vorgängerregierung. Die Bilanz fällt ernüchternd aus. Die

ExpertInnen beurteilen die analysierten Punkte zum großen Teil oder gänzlich als desintegrativ. Zwar sieht das türkis-grüne Regierungsübereinkommen auch einige integrative Maßnahmen vor. Positive Ansätze bleiben aber im Gegensatz zu den desintegrativen Punkten meist unkonkret und ohne klaren Umsetzungsplan.

SOS Mitmensch fordert eine integri-

onspolitische Wende hin zu einer Politik, die wieder ein gutes Ankommen und Fuß fassen in den Mittelpunkt stellt. Ziel muss sein, die Chancen, Perspektiven und gleichberechtigte Teilhabe für alle hier lebenden Menschen zu ermöglichen. Details zum ExpertInnen-Bericht finden Sie auf der Webseite von SOS Mitmensch. www.sosmitmensch.at

30. Juni: Online-Podiumsdiskussion zur Wien-Wahl

Was bedeutet es für eine Stadt wie Wien, wenn jede dritte hier lebende Person nicht wählen darf? Welche Auswirkungen hat der Ausschluss von immer mehr jungen Menschen von der Demokratie? Über diese und andere Fragen diskutiert SOS Mitmensch am 30. Juni mit Schüler- und JugendvertreterInnen, Betroffenen und ExpertInnen.

Jetzt Flüchtlingslager evakuieren!

SOS Mitmensch appelliert einmal mehr dringend an die Bundesregierung, dem Beispiel anderer Länder zu folgen und Menschen aus den Flüchtlingslagern der griechischen Inseln aufzunehmen. Die Evakuierung der Lager muss stattfinden, bevor die humanitäre Katastrophe vor Ort weiter eskaliert. Österreich darf dabei nicht länger wegschauen!

Aufruf von Cornelius Obonya: „Abonnieren hilft!“

Inmitten der Corona-Krise hat der Schauspieler Cornelius Obonya via Videobotschaft zur Unterstützung des Menschenrechts-Journalismus und zum Abschluss eines MO-Soli-Abos aufgerufen. „Unabhängige Berichterstattung ist ein wichtiges Korrektiv in unserer Demokratie und das muss auch, und gerade jetzt, so bleiben“, so Obonya.



Videobotschaft von Cornelius Obonya: MO-Magazin unterstützen!

ANDERE ÜBER...

Das neue Normal

Gegen Ende des Shutdowns dürfen wir nicht übersehen, dass die Krise der politischen Bildung weiter andauert.

KOMMENTAR: KATHRIN STAINER-HÄMMERLE



Illustration: Petja Dimitrova

Konflikte sind das Wesen der Politik. Ohne sie gäbe es weder Entscheidungen noch Regeln. In Krisen verschärfen sich Konflikte zu Wertentscheidungen. Bei COVID-19 lautete das Dilemma Gesundheit oder persönliche Freiheit. Dabei darf es aus öffentlichem Interesse Einschränkungen eines Grundrechts zugunsten eines anderen geben. Allerdings müssen die Maßnahmen eine Gesetzesbasis haben sowie zweck- und verhältnismäßig sein. Zur notwendigen Akzeptanz braucht es wenigstens eine gefühlte Gerechtigkeit. Bisher trafen Einschränkungen meist einzelne Bürger und noch öfter Nicht-Wahlberechtigte. COVID-19 erwischte uns kollektiv und unerwartet. In dieser Ausnahmesituation gelang es der Regierung durch rasches Handeln und zielorientierte Kommunikation allen Erleichterung zu verschaffen. Gab es doch offensichtlich jemanden an der Spitze des Staates, der weiß was zu tun ist. So akzeptierten wir auch, dass der Vorrang der Geschwindigkeit eine breite Diskussion verhindert. Dass statt Partizipation reine Effizienz wichtig schien.

Diese Priorisierung unserer Bundesregierung half das pandemische Desaster zu verhindern. Als Dauerzustand

der Politik wäre sie allerdings eine demokratiepolitische Katastrophe. Das Parlament übergab in einer Sonntagsitzung die Macht an die Exekutive. Die Opposition übte zu lange den nationalen Schulterchluss wie im Kriegszustand. Die Regierung verzichtete auf Begutachtungsverfahren und knebelte jede differenzierte Diskussion durch Sammelgesetze. Stattdessen scharte sie ExpertInnen um sich, die angeblich die einzig richtigen Antworten kannten. Abweichende Meinungen wurden nicht gehört, rechtliche Bedenken vom Bundeskanzler lapidar beiseite gewischt.

Gegen Ende des Shutdowns dürfen wir nicht übersehen, dass die Krise der politischen Bildung weiter andauert. Bereits 2019 verfügten laut SORA 38 Prozent der ÖsterreicherInnen über autoritäre und illiberale Demokratievorstellungen. Weitere fünf Prozent galten gar als AutokratInnen. Nur 57 Prozent lehnten konsequent Einschränkungen bei der Unabhängigkeit von Gerichten und Medien oder bei Meinungs- und Versammlungsfreiheit sowie Oppositionsrechten ab.

Teilt die Krise Österreich nun noch stärker in (bei manchen auch nur gefühlte) Gewinner und Verlierer, so öff-

nen sich die Einfallstore für Populisten wieder rasch. Verschwörungstheorien sind weit in den Mittelstand vorge drungen. Wer heute protestiert gegen Grundrechtsgefahren oder staatliche Überwachung, findet sich rasch in falscher Gesellschaft mit Impfgegnern und Antisemiten. Auch das verhindert Differenzierung.

Das neue Normal basiert auf alten Versäumnissen. Sollte der demokratiepolitische Alptraum nicht Wirklichkeit werden, benötigen wir ein Aufbauprogramm für politische Kompetenzen und liberalen Diskurs. Krisenresilienz und Populismusresistenz brauchen mehr Bewusstsein für die Mechanismen von Gewaltenteilung zwischen Legislative, Exekutive und Judikative, aber auch Gemeinden, Ländern, Bund und EU sowie Regierung und Opposition, Politik und Medien.

ZUR PERSON

Kathrin Stainer-Hämmerle

Kathrin Stainer-Hämmerle, Politik- und Rechtswissenschaftlerin an der FH Kärnten und Obfrau der Interessensgemeinschaft Politische Bildung (IGPB). www.igpb.at.

Altes Hallenbad, Feldkirch, Vorarlberg

Alle Infos → Poolbar.at



Poolbar festival



20.
Kunst
Online-Auktion **2020**

Unsere 1. Online-Auktion ist gut zu Ende gegangen.

**Wir danken allen KünstlerInnen,
KäuferInnen und PartnerInnen
sehr herzlich!**



ICH HAB JA
NIX GEGEN
AUSLÄNDER,
ABER ...

FÜR EINE MENSCHEN-
WÜRDIGE GESELLSCHAFT
OHNE WENN UND ABER.

SOS Mitmensch setzt sich kompromisslos für Menschenwürde ein. Helfen Sie uns dabei – mit Ihrer Spende.
IBAN: AT87 6000 0000 9100 0590, BIC: BAWAATWW. Mehr Informationen unter www.sosmitmensch.at
SOS Mitmensch ist Trägerin des Spendengütesiegels und finanziert sich ausschließlich durch private Spenden.

